

E & W

Erziehung & Wissenschaft

04/2019

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



RECHTS

RUCK

DEMO

KRATIE

D

WILHELM
HEITMEYER

Autoritäre Versuchungen

Die politischen Eindunkelungen europäischer Gesellschaften sind nicht zu übersehen. Seit der „autoritäre Nationalradikalismus“ der AfD 2015 auf den Plan getreten ist, trifft dies auch auf Deutschland zu. Die Begriffe „Populismus“ oder „Rechtspopulismus“ sind nicht tauglich, um die Rechtsverschiebung in der politischen Kultur und im gesellschaftlichen Klima zu kennzeichnen sowie die Angriffe gegen die offene Gesellschaft und liberale Demokratie zu begreifen: Sie verharmlosen, verniedlichen und vernebeln. Der Rechtspopulismus zielt mit der schlichten Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ auf via Massenmedien in die Bevölkerung transportierte Erregungszustände. Gleichzeitig ist ein gewalttätiger Rechtsextremismus unterwegs, der vorrangig in öffentlichen Räumen Schrecken verbreiten will.

Zwischen diesen Erscheinungsformen ist der „autoritäre Nationalradikalismus“ platziert: Er propagiert ein autoritäres Gesellschaftsmodell mit rigiden Kontrollvorstellungen, eine Überlegenheitsideologie des deutschen Volkes und ein grenzüberschreitendes politisches Vorgehen. Besonders gefährlich ist er, weil er auf zentrale Institutionen – und damit auch auf Schulen und Universitäten – zielt, um zu destabilisieren, zwecks „Ausweitung des Sagbaren“ oder „Systemwechsel“ (Alexander Gauland, AfD-Bundesvorsitzender), „Aufräumen im Miststall der Demokratie“ (Marc Jongen, AfD-Bundestagsabgeordneter) und hin zur Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ (Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender in Thüringen). Diese Entwicklung lässt sich nicht allein aus dem politischen System erklären; ursächlich ist das Zusammenwirken von globalem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und Demokratieentleerung. Zentrale Faktoren für die autoritären Versuchungen liegen in Kontrollverlusten: in wahrgenommenen bzw. über die eigene Biografie und/oder jene der Kinder erfahrenen oder auch in Kontrollverlusten nationalstaatlicher Politik gegenüber dem globalisierten Kapitalismus, der seine Maßstäbe autoritär

durchsetzt. Seit die AfD ein politisches Angebot zur Wiederherstellung von Kontrolle macht (Gauland: „Wir holen uns unser Land zurück“), ist es ihr etwa mit PEGIDA gelungen, aus individueller Ohnmacht kollektive Machtfantasien zu erzeugen. Diese Rechtsverschiebungen sind nicht vom Himmel gefallen; Einstellungsmuster wie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt es seit langem, sie sind von uns wissenschaftlich belegt. Durch mehrere Krisen (9/11-, Hartz-IV-, Finanzkrise) haben sich Teile der Gesellschaft in ihren Einstellungen radikalisiert, bevor die AfD auf den Plan trat und die Flüchtlingskrise begann – ohne dass etablierte Parteien oder zentrale gesellschaftliche Institutionen dies ernsthaft zur Kenntnis genommen hätten.

Zur Normalitätsverschiebung tragen „Transmissionseliten“ bei – anerkannte Persönlichkeiten, die AfD-Positionen übernehmen und sie so legitimieren; der Buchautor Thilo Sarrazin oder der Philosoph Peter Sloterdijk zum Beispiel. Das kommt dem autoritären Nationalradikalismus à la AfD zugute, weil er so auch für die „rohe Bürgerlichkeit“ akzeptabel wird, die sich vom gewalttätigen Rechtsextremismus distanziert. Deshalb ist eine schlichte „De-Thematisierung“, wie sie der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas noch 2016 vorschlug, schon lange kein Weg mehr. Auch Großdemonstrationen genügen nicht. Entscheidend hingegen können Interventionen sein: unter Verwandten, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz. Diese sind häufig mit hohen sozialen Kosten verbunden. Aber es steht viel auf dem Spiel.

Prof. Wilhelm Heitmeyer,
bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt-
und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Wilhelm Heitmeyer: „Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung“, 394 Seiten, Suhrkamp 2018

Inhalt



Gastkommentar Autoritäre Versuchungen	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: Rechtsruck	
1. Rechtsextreme: Reaktionäres Frauenbild	Seite 6
2. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Triumph der Frauen“: Hass und Hetze	Seite 8
3. Pädagoginnen: Rechtsextreme entdecken die Bildung	Seite 9
4. Bundeskongress Politische Bildung: Politikstunde mit Rechten	Seite 10
5. Rechtspopulisten in der Kita: „Kinder sind nicht Problemverursacher“	Seite 12
6. Interview mit Michael Hammerbacher: „Schule ist Teil ihres Umfelds“	Seite 14
7. Rechtsextreme an den Unis: Mehr Schein als Sein	Seite 16
8. Interview mit Prof. Frank Decker: Auf dem Weg zur rechtsextremen Partei ...	Seite 18
9. Sprache der Rechtsextremen: Semantischer Bürgerkrieg	Seite 20
Bildungspolitik GEW-Kommentar: Mehr Zeit für politische Bildung	Seite 22
Gesellschaftspolitik	
1. „Feindbild Journalist. Report 2018“: Rechtsextreme Gewalt gegen Medien	Seite 23
2. GEW-Aufruf: „Courage zeigen gegen rechts“	Seite 23
3. „Fridays for Future“: Fürs Klima auf die Straße	Seite 24
4. Transidentität bei Kindern: Wenn aus Ben Lisa wird	Seite 26
5. Interview mit Prof. Bülent Uçar: „Minenfeld“ Imam-Ausbildung	Seite 28
Tarifrunde der Länder 2019	
1. Tarifergebnis: 8 Prozent mehr Geld in drei Schritten	Seite 30
2. GEW-Kommentar: Licht und Schatten	Seite 32
Zehn Jahre Inklusion	
1. Interview mit Reinald Eichholz: „Integration von vorgestern“	Seite 33
2. Hochschulen: Barrieren bleiben	Seite 35
Initiative „Bildung. Weiter denken!“ Milliarden-Lücke bei Sanierungsbedarf: Hochschulbau in der Krise	Seite 41
fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit Arbeitsbedingungen: Albtraum Spielzeugwelt	Seite 43
GEW-Intern/Nachruf Trauer um Jonas Lanig: Lebensthema Demokratie	Seite 45
Leserforum	Seite 46
Diesmal	Seite 48
Titel: Werbeagentur Zimmermann	

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung
und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheri-
ger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder
der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Inklusion: ernüchternde Bilanz

Nach zehn Jahren Inklusion in der Bildung fällt die Bilanz der GEW „ernüchternd“ aus. „Unter dem Strich ist die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) im Bildungsbereich viel zu zögerlich und ohne großen Elan umgesetzt worden. Aktuell erleben wir Stillstand und in einigen Bundesländern sogar Rückwärtsgang statt Weiterentwicklung“, stellte Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für Schule verantwortlich, fest. Sie verlangt neuen Schwung im Prozess der Inklusion sowie einen tragfähigen Zeit- und Aktionsplan. „Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, alle allgemeinen Bildungsangebote nutzen zu können“, sagte die GEW-Schulexpertin. Es dürfe nicht sein, dass ein so reiches Land wie Deutschland nicht in der Lage ist, „eine Menschenrechtskonvention auf den Weg zu bringen und die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen“. Auch durch die aktuelle Reform des Berufsbildungsgesetzes müsse die Berufsbildung für Inklusion stärker geöffnet werden. Die UN-BRK gelte auch für berufliche Bildung und Arbeitswelt, fügte Hoffmann hinzu. „Beschämend“ sei der Stellenwert, den CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dem Thema beigemessen hätten. Es werde so getan, als könne man mit der Digitalisierung zugleich die Inklusion realisieren. Das werde nicht funktionieren, erklärte die Gewerkschafterin: Bund und Länder müssten sich hier „gemeinsam viel mehr anstrengen“. Mehr zum Thema s. S. 33 ff. „Zehn Jahre Inklusion“.

Protest am Equal Pay Day

Am Equal Pay Day richtete die GEW den Fokus auf die ungleiche Bezahlung aller voll ausgebildeten Lehrkräfte. „Wir fordern, dass alle verbeamteten Lehrkräfte nach A13, alle angestellten nach E13 bezahlt werden – unabhängig von der Schulform“, sagte Frauke Gützkow, im GEW-Vorstand für Frauenpolitik verantwortlich. Auf die Kampagne „JA13“ (E&W berichtete) am Equal Pay Day aufmerksam zu machen, sei wichtig. Gerade an Grundschulen, an denen die Lehrkräfte in den meisten Bundesländern schlechter bezahlt werden als an anderen Schulformen, arbeiteten zu 90 Prozent Frauen. Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen. Er markiert symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke, die in Deutschland statistisch rund 21 Prozent beträgt. Im Vergleich zu Männern arbeiten Frauen umgerechnet an den ersten 77 Tagen des Jahres umsonst – bis zum 18. März.

Weg frei für Digitalpakt

Die Milliarden des Bundes aus dem Digitalpakt können jetzt endlich fließen. Nach dem Bundestag stimmte Mitte März der Bundesrat der dafür notwendigen Änderung des Grundgesetzes zu. Damit ist der Weg endgültig für die digitale Ausstattung der Schulen frei (s. E&W 3/2019). Die GEW begrüßte die weitere Lockerung des Kooperationsverbotes in der Bildung, das dem Bund bisher nicht ermöglichte, den Ländern dauerhaft finanziell unter die Arme zu greifen. „Jetzt müssen die Mittel schnell freigegeben werden“, betonte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Viele Schulen hockten schon in den Startlöchern, um loszulegen.

Bremen: A13 für alle

Bremen will jetzt als fünftes Bundesland alle verbeamteten Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sek I nach A13 bezahlen. Ein großer Erfolg für die GEW Bremen, die beharrlich Druck für eine bessere Bezahlung aller Lehrkräfte gemacht hat (E&W berichtete). Der Senat der Hansestadt hat sich im März auf ein Stufenmodell geeinigt, das bereits zum kommenden Schuljahr greifen soll. Demnach werden rund 1.400 verbeamtete Pädagoginnen und Pädagogen in Bremen und Bremerhaven besser besoldet. Die Anhebung von A12 und A12a nach A13 erfolgt für alle Lehrkräfte stufenweise ab dem 1. August über erhöhte Zulagen und soll endgültig am 1. August 2021 umgesetzt sein. Der Wechsel von Entgeltstufe E12 nach E13 für angestellte Lehrkräfte gestaltet sich schwieriger. Hier sind verschiedene Modelle im Gespräch. Christian Gloede, Sprecher der GEW Bremen, begrüßte die bessere Besoldung: „Gewerkschaftspolitischer Einsatz“ lohne sich. Jetzt sei noch eine gute Lösung für angestellte Lehrkräfte notwendig.



Foto: GEW Bremen

Christian Gloede

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die GEW hat die neuen Mitgliedsausweise im März per Post verschickt. Vorteile: Der neue Ausweis ist haltbarer als das alte Kärtchen und gilt bis zum Ende der Mitgliedschaft. Mit dem Schreiben wurde gleichzeitig die Bescheinigung über die Mitgliedsbeiträge, die im Jahre 2018 an die GEW gezahlt worden sind, zur Vorlage beim Finanzamt verschickt. Mitglieder der Landesverbände Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz haben nur den Mitgliedsausweis erhalten. Sie können die Bescheinigung über die gezahlten Mitgliedsbeiträge bei der Geschäftsstelle ihres Landesverbandes anfordern oder online herunterladen. Seit Mitte März können alle Mitglieder die Beitragsbestätigung für das Finanzamt auf der GEW-Website im Bereich „Meine GEW“ unter www.gew.de/anmeldung abrufen. Dafür muss man registriert sein. Wer das bisher nicht ist, braucht für die Erstregistrierung Benutzernamen, Passwort, E-Mail-Adresse, Mitgliedsnummer und Geburtsdatum. Die Unterlagen stehen ein Jahr zum Download bereit. Hier können auch persönliche Daten korrigiert werden, wenn sich diese geändert haben.

Alle Fragen zum Mitgliedsausweis und zur Bestätigung über die GEW-Mitgliedsbeiträge beantworten gern die zuständigen Landesverbände. Die GEW musste das bisherige Versandverfahren über die E&W ändern, da nach Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nur so sicherzustellen ist, dass Datenübermittlung und -austausch weiterhin juristisch wasserdicht sind.

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der Erziehung und Wissenschaft

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Ausgabe des Index für Inklusion.*

Prämie des Monats April: Index für Inklusion

Der „Index für Inklusion“ ist ein Leitfaden für die Entwicklung der Schule oder der Kita auf der Basis inklusiver Werte. Er hilft allen Beteiligten, Barrieren oder ungenutzte Potenziale für die Entwicklung, das Lernen und die Partizipation zu erkennen. Sie wählen die Ausgabe, die Sie interessiert: für den Bereich Schulentwicklung oder Tageseinrichtungen für Kinder.



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon

Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Reaktionäres Frauenbild

// Der Rechtsruck geht nicht nur von Männern aus. In der Identitären Bewegung (IB) und in der AfD schüren Frauen den Hass auf Migranten. Im Namen der Solidarität mit weißen Frauen wird rassistisch agitiert. //

Zwei junge Frauen liegen wie tot vor einem Haus, rote Flecken verschmieren ihre Kleidung. Die Körperumrisse sind mit Kreide auf dem Straßenpflaster nachgezeichnet. Männer mit Schutzhelmen und Mundschutz stehen davor. Auf einem Schild steht „Opfer von Multikulti“. Das Ganze ist ein nachgestelltes Tatortsszenario. Mit der provokativen „Symbolaktion“ Ende 2018 in Augsburg solle „auf die Vergewaltigung einer 15-Jährigen durch Asylbewerber“ und auf eine Flüchtlingsunterkunft in der Stadt hingewiesen werden, heißt es kurze Zeit später bei Facebook. 2.300 Likes erhält die Kampagne „#120db“ für diese Aktion.

Hinter dieser verbirgt sich eine Handvoll Aktivistinnen der rechtsextremen IB in Deutschland und Österreich. Mit ihrer Anfang 2018 ins Leben gerufenen „Widerstandsinitiative von Frauen für Frauen“ starteten sie den Versuch, sich in die #metoo-Kampagne einzubringen und die Diskussion rassistisch zu besetzen. „Frauen wehrt euch!“, heißt es in einer der ersten Videobotschaften. Und: „Wir sind nicht sicher, weil ihr uns nicht schützt. Weil ihr euch weigert, unsere Grenzen zu sichern, Straftäter abzuschieben.“ Die von dem Rostocker Rechtsextremisten Daniel Fiß, Bundesvorstandsmitglied der IB Deutschland, verantwortete Aktionsreihe lebt von der Behauptung, deutsche Mädchen und Frauen würden nicht ausreichend vor „importierter Gewalt“ geschützt. „#120db“ steht für 120 Dezibel, die Lautstärke eines Taschenalarms zur Selbstverteidigung. 5.600 Abonnentinnen und Abonnenten folgen den Aktivitäten auf Twitter. „Grenzen sichern –

Frauen schützen“, lautet eine der Forderungen der IB, die sich als modern und patriotisch darstellt, deren Inhalte jedoch denen der traditionellen extrem Rechten entsprechen. Häufig ist auf rechten bis rechtsextremen Kundgebungen die rassistische Parole „Rapefugees“ zu lesen. AfD-nahe „Frauenmärsche“ wie im rheinland-pfälzischen Kandel locken bundesweit Tausende Anhänger an. Die meisten Teilnehmenden sind männlich; wichtig sind die wenigen, aber medienwirksamen Frauen an den Fronttransparenten.

Feminismus-Vorwurf

„Die vorgetäuschte Solidarität mit betroffenen Frauen erweist sich als exklusiv und damit als Mittel zum alleinigen Zweck der rassistischen Agitation“, warnt Johanna Sigl, Rechtsextremismusforscherin an der Leuphana Universität Lüneburg. Zugleich werde engagierten Frauen ihr Feminismus vorgeworfen, so Sigl, „da sie sich mit ihm nicht für, sondern – durch ihr Engagement für eine demokratische und offene Gesellschaft – gegen die hier lebenden Frauen einsetzen und somit eine Mitschuld an begangenen Verbrechen“ tragen würden. Feminismus werde als „Teil der verteufelten Moderne“ strikt abgelehnt, erklärt die österreichische Wissenschaftlerin Judith Goetz auf dem Watchblog der Amadeu-Antonio-Stiftung „Belltower News“. Es gebe Bestrebungen, „eine Art völkischen Feminismus aufzubereiten“. Dabei gehe es vor allem darum, zu betonen, dass Frauen bestimmte „naturegegebene Fähigkeiten“ hätten. „Antifeminismus wird als der eigentliche Feminismus verkauft, ‚identitäre Aktivistinnen‘ werden als



COURAGE
ZEIGEN
GEGEN
RECHTS



die eigentlichen Frauenrechtlerinnen inszeniert“, so Goetz.

Zwei Frauen der IB gründeten einen Blog mit dem Titel „Radikal feminin“. Eine von ihnen, Studentin aus Tübingen, erzählte im Interview, für „Sissi“-Filme zu schwärmen und sich die konservativen 1950er-Jahre zurückzuwünschen. Sie forderte auch: „Männer, hört auf, Euch wie Waschlapen zu benehmen!“ Die Kölner IB-Aktivistin Freya Honold beklagt in einem YouTube-Beitrag den „Krieg der Geschlechter“; überhaupt gäbe es zu viel Kritik an Männern. Das „natürliche“ Zusammenspiel zwischen Mann und Frau sei „aus dem Gleichgewicht gebracht worden“, so die junge Identitäre, die in einer Dresdener Frauenburschenschaft aktiv ist. Melanie Schmitz (Essen) vermittelt ein etwas differenzierteres Bild. Die Frau, die auch als Sängerin „Melanie Halle“ bekannt ist, bezeichnete sich bereits 2016 als „eine der wenigen rechtspolitischen Aktivistinnen“. Als Bloggerin möchte Schmitz „Frauenrechtlerin“ statt Feministin sein. Sie bescheinigt sich grundsätzlich eine „antifeministische Grundhaltung“, mahnt aber zum Beispiel mit Blick auf Paragraph 177 des Strafgesetzbuches, in dem es um Vergewaltigung in der Ehe geht, „Nein“ heiße auch „Nein“. In einem Text räumt sie ein: „Ja, wir haben hier vielleicht auch Probleme mit deutschen Männern“, es gebe „genug“, die im Falle eines Neins „komplett ausrasten“ würden. Ellen Kubitschek, genannt Kositzka, Autorin und YouTuberin der Neuen Rechten, Ehefrau des „Spiritus Rector“ der IB, Götz Kubitschek, bezeichnete den neuen Paragraphen dagegen als höchststrichterlichen Eingriff in intime Zustände. „Nein heißt Nein“ sei „lächerlich und ein reines Einfallstor für private Schlammschlachten“ zitierte die taz Kositzka, >>>

Die Bildungsgewerkschaft empfiehlt:
AKTIV WERDEN GEGEN RECHTS!



>>> die sich als „strikt antifeministisch“ bezeichnet. Erzkonservative Autorinnen wie Birgit Kelle verfolgen die Strategie einer Umdeutung in einen „femininen Feminismus“. Ihr Ziel: den von linken Frauenrechtlerinnen geprägten Begriff neu zu besetzen.

AfD: 17 Prozent Frauen

Der Versuch, in der rechtsextremen Szene einen „nationalen Feminismus“ zu etablieren, währte nur kurz. 2007 forderten drei junge Frauen des neonazistischen „Mädelring Thüringen“: „Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmün-

digkeit“, „Nationaler Feminismus voran!“ Ihre Kritik richtete sich auch gegen die eigenen Kameraden. Der „Mädelring Thüringen“ wollte Emanzipation,

Meinungsfreiheit ist
kein Freifahrtschein
für Diskriminierung



Hass und Hetze

Die Studie „Triumph der Frauen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung geht der Frage nach, welche Rolle Frauen als Protagonistinnen und Wählerinnen populistischer Parteien in sechs Ländern Europas übernehmen. Nach Wahlen und Rechtsruck in Europa stand meist die Wut weißer Männer im Fokus, – doch was ist mit der Wut weißer Frauen? Tausende deutsche Frauen engagieren sich in rassistischen Anti-Asyl-Initiativen. Und warum wählen so viele deutsche Frauen, aufgewachsen in einem der freiesten und progressivsten Länder der Welt, rechts?

Am Beispiel der AfD – an deren Spitze Politikerinnen wie Beatrix von Storch und Alice Weidel die Wut auf Migranten mitforcieren – beleuchtet Herausgeberin Elisa Gutsche, wie sich die Partei als Schützerin von Frauenrechten aufspielt, wenn Aggressoren als Einwanderer, am besten mit muslimischem Hintergrund, ausgemacht werden. Geht es aber darum, häusliche und sexualisierte Gewalt von weißen Tätern zu thematisieren, herrscht Schweigen.

Zentrales Thema ist, die Zuwanderung zu begrenzen und eine nachhaltige, erfolgreiche Integrationspolitik zu verhindern. Das völkische Ideal einer homogenen Abstammungsgesellschaft im Sinne der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ wird verbreitet. Dem durch Vielfalt, Antidiskriminierung und Gleichstellung geprägten Zeitgeist wird mit reaktionärer Politik und antimodernen Rollenbildern begegnet. Abtreibung und Emanzipation werden als Teil einer Familienpolitik begriffen, die zum beabsichtigten „Volkstod“ der Deutschen führt. Die Studie stellt klar: Der „Triumph der Frauen“ darf so nicht aussehen. Um Wut und Hass etwas entgegenzustellen, bedarf es eines Female Face – also dem weiblichen Gesicht einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft A. R.

Elisa Gutsche (Hrsg.): „Triumph der Frauen – The Female Face of the Far Right in Europe“, Friedrich-Ebert-Stiftung 2018. Download: bit.ly/triumph-der-frauen-pdf



doch auf keinen Fall wollten die Aktivistinnen „Emanzen“ sein. Ihr Anspruch, eine vorherrschende „übertriebene Stilisierung der Mutterrolle“ in Frage zu stellen, war in diesen Reihen eine ungeheuerliche Provokation. Bereits 2008 war die Homepage des „Mädelring“ nicht mehr abzurufen.

Die Strategie, sexualisierte Gewalt zu instrumentalisieren, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen, hat Tradition. Bereits die 1964 gegründete NPD versuchte, damit zu punkten. Doch erst seitdem die AfD und Mitstreiter wie PEGIDA digitale Netzwerke wie Facebook oder WhatsApp politisch dominieren, gelingt es, den Anschein zu erwecken, es sei eine selbstbewusste, patriotische Frauenbewegung im Aufbau. Noch nie verfügten Nationalisten über eine derartige mediale Macht. Die AfD ist die am meisten gelikete Partei bei Facebook und allein bei PEGIDA Dresden wurden bis 2017 mehr als 570.000 Kommentare hinterlassen. Hunderte asylfeindliche Gruppen organisieren in sozialen Netzwerken den Widerstand. Dabei zeigt sich die AfD alles andere als frauenfreundlich. Mit Alice Weidel hat zwar eine Frau den Fraktionsvorsitz im Bundestag inne, doch nur zehn der 81 Abgeordneten sind weiblich. Unter den fast sechs Millionen Wahlberechtigten, die 2017 bei der Bundestagswahl ihr Kreuz bei der AfD machten, waren in Ostdeutschland 17 und im Westen 8 Prozent Frauen. Insgesamt

liegt der Frauenanteil in der Partei bei rund 17 Prozent.

AfD-Politiker sprechen sich gegen eine Frauenquote aus, fordern zum Teil die Abschaffung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. An Frauen gerichtete Themen sind die Positionierung gegen Geflüchtete, antimoderne Familienthemen und die Betonung einer „Naturhaftigkeit“ von Geschlechterrollen. Ende 2018 sagte der Dozent und baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Heiner Merz: „Quoten nützen nur unqualifizierten, dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen. Die Guten, bemühten und passend Qualifizierten finden und finden ihren Weg alleine.“ „Antifeministische, sexistische, rassistische und völkisch-nationalistische Ideologien, die im Rechtspopulismus vertreten werden, sind in der Programmatik der AfD zentral gesetzt“, fasst Elisa Gutsche von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) das Ergebnis der Studie „Triumph der Frauen“ (s. Kasten S. 8) zusammen. Die in diversen AfD-Programmen vertretenen Geschlechterbilder seien anschlussfähig an völkische und nationalistische Ideen. Im AfD-Programm finde sich „kein Stichwort, das Frau oder Geschlecht heißt“, erklärte auch die Münchner Soziologin Paula-Irene Villa in einem Gespräch mit



dem Hörfunksender SWR2. Das Wort Frau tauche nur im Zusammenhang mit Familie und Kindern auf. „Weiblichkeit sitzt gewissermaßen in der Gebärmutter“, so Villa.

Andrea Röpke,
freie Journalistin

Rechtsextreme entdecken die Bildung

Moderne Rechtsextreme kleiden ihren Rassismus in modern klingende Worte. Sie reden von „Ethnien“ statt Rasse, von „Kulturkampf“ statt Brauchtum. Ihrem Verständnis zufolge führen Einwanderungsgesellschaften zum „Ethnozid“. Auch das Frauenbild ist reaktionär.

Völkisch-nationalistische AfD-Politiker wie Björn Höcke sprechen von einer „Identität“ der Geschlechter, einer „natürlichen Geschlechterordnung“. Dieser Ideologie entsprechend entscheidet bereits die Geburt über die Rollenzuteilung. Die Formung der Kinder nach geschlechtsspezifischen Kriterien zählt zur politischen Willensbildung. Da Sorge-, Pflege- und Erziehungstätigkeiten Mädchen und Frauen zugeordnet werden, wenden diese sich diesen Berufsfeldern zu.

Ortrun G. studiert an der Universität Bremen Lehramt, Dietlind B. ist bereits Lehrerin, Almuth S. hat ihr Pädagogikstudium in Dresden aufgenommen, Irmhild M.-S. unterrichtet Musik an einer Waldorfschule in Schleswig-Holstein, befindet sich aber zurzeit im Schwangerschaftsurlaub, Gerhild D. arbeitet als selbstständige Musiklehrerin in der Lüneburger Heide, nebenher bringt sie den Kameraden Volkstanz bei. Diese jungen Frauen gehören zur rechtsextremen Szene, sie waren in völkisch-nationalistischen Jugendorganisationen aktiv oder beteiligen sich an Aktionen der Identitären Bewegung. Pädagoginnen mit völkischem Hintergrund sind keine Seltenheit. Als Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag stellte der ehemalige Gymnasiallehrer Höcke 2018 ein Positionspapier zur „Leitkultur“ vor, darin heißt es: „Vor allem in den Schulen und Bildungseinrichtungen muss die Förderung einer lebendigen Vermittlung der identitätsprägenden Inhalte unserer Kultur und Geschichte wieder zur pädagogischen Leitlinie werden.“ Von der AfD bis zur NPD wird sich um „kulturelle Hegemonie“ im vorpolitischen Raum bemüht.

2010 mahnte die NPD-nahe Zeitung „Deutsche Stimme“: Erziehung sei eine „nationale Lebensaufgabe“ und forderte dazu auf, Ausbildungen zur „Sozialassistentin“ oder zu „Erziehern“ abzuschließen, denn die vorschulische Erziehung sowie die Kinder- und Jugendarbeit würden noch „allzu oft ungenützt von uns Nationalen“ bleiben. 2010 sorgte der Fall einer Klassenlehrerin aus der Nähe von Husum für Schlagzeilen. Die Parteifunktionärin hatte einen ihrer Schüler für die NPD angeworben und Mails an ihn mit „88“, dem Szenecode für „Heil Hitler“ unterzeichnet.

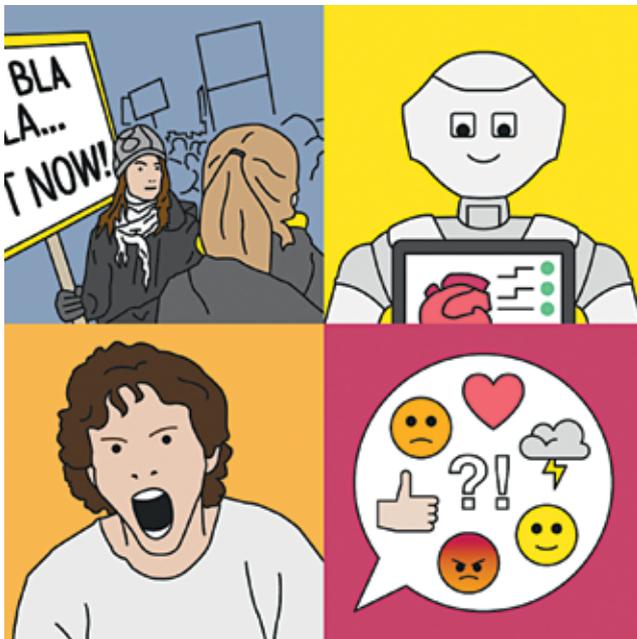
Auch in der frühkindlichen Bildung versuchen Rechtsextreme, Fuß zu fassen. Jahrelang hatten Eltern und Medien immer wieder darauf hingewiesen, dass Birkhild T., Erzieherin in einer Kita in Lüneburg, nicht nur mit einem NPD-Funktionär verheiratet ist, sondern selbst zeitweilig die später verbotene Wiking-Jugend mitangeführt habe. 2013 willigte sie in ihre Kündigung ein. 2018 beklagte sich T. dann öffentlich in einem Video mit dem Titel „Ausgrenzung & Sippenhaft“. Darin spricht sie in die Kamera eines rechtsextremen YouTubers, der sich „Der Volkslehrer“ nennt. T. verharmlost die NPD als „reguläre Partei“ und relativiert ihre Zeit in der paramilitärischen Wiking-Jugend: Es sei nur darum gegangen, „die Kultur zu erhalten“. Ihr Interviewpartner zeigt viel Verständnis. Wenig verwunderlich, denn hinter „Der Volkslehrer“ verbirgt sich der ehemalige Berliner Grundschullehrer Nikolai Nerling. Dem 38-jährigen Rechtsextremisten war im Mai 2018 gekündigt worden. Der Clip mit der weinenden Erzieherin wurde bisher über 51.000 Mal angeklickt.

A. R.



Politikstunde mit Rechten

// Politische Bildung geht nicht ohne Emotionen, betonten Expertinnen und Experten auf dem „Bundeskongress Politische Bildung“ in Leipzig. Aber wie geht man mit rechten Sprüchen im Unterricht um? //



In Leipzig diskutiert: Wie umgehen mit extremistischen Äußerungen von Lernenden?

Wenn Andreas Petrik, Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle, Didaktik der Sozialkunde lehrt, kann er nicht nur mit jungen Demokraten über politische Bildung sprechen – er muss auch Rechtsextremisten betreuen. Unter den Studierenden seines Fachbereichs wurde ein halbes Dutzend Anhänger der nationalistischen Identitären Bewegung ausgemacht. „Wir müssen mit ihnen umgehen, auch wenn sie uns nicht sympathisch sind“, sagt Petrik. Und wenn sie eine wissenschaftlich korrekte Arbeit schreiben und schlüssig argumentieren, müsse man ihnen sogar gute Noten geben – ob man wolle oder nicht. Das Dilemma mit Rechtsextremisten im Lehralltag gehört auch zu Petriks Forschungsfeld. Auf dem Bundeskongress Mitte März in der größten Stadt Sachsens stellte er einige Erfahrungen und Erkenntnisse mit neonazistischen Schülern im Politikunterricht vor. Der vollbesetzte Workshop, den Petrik mit der auf mehrere Jahrzehnte Didaktikforschung zurückblickenden Professorin Sibylle Reinhardt hielt, traf einen Nerv: Jeder zweite Teilnehmende hatte schon mit rechtsradikalen Sprüchen im Klassenzimmer zu tun.

In Zeiten erstarkender Populisten, gefühlter Wahrheiten und einer Radikalisierung der Gesellschaft erörterte der Kongress neue Wege der Politikvermittlung. Motto: „Was

uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft.“ Ein Thema, das tatsächlich bewegte: 1.100 Gäste waren in die Revolutionsstadt Leipzig gekommen – anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls Austragungsort der lebhaften Debatten. Der Tenor war eindeutig: In politischer Bildung geht es nicht nur um rationale Argumente – auch Gefühle sind mit aktiver Politik und politischem Denken untrennbar verbunden. „Emotionen gehörten zu den Montagsdemos und haben uns nie wieder verlassen“, betonte Thomas Krüger, einst Bürgerrechtler in der DDR und seit fast 20 Jahren Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Er warnte zugleich davor, dass Gefühle in der Politik oft auch instrumentalisiert würden.

Kaum Politikunterricht

Doch ausgerechnet in Schulen wird politische Bildung oft stiefmütterlich behandelt: Gerade mal 0,5 bis 4,4 Prozent der Stundentafeln seien für Politikunterricht vorgesehen, kritisierte Tonio Oeftering, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und neben der bpb Veranstalter der Tagung. Oeftering: „So wird man den aktuellen Anforderungen nicht gerecht.“

Bestes Beispiel für diese Anforderungen liefert die AfD, die vorgibt, mit ihrem Onlinepranger gegen angebliche Neutralitätsverstöße von Lehrkräften vorzugehen. „Aber was ist die Folge, wenn man Angst vor Strafanzeigen verbreitet?“, fragte rhetorisch die 77-jährige Professorin Reinhardt: „Verstummen, vermeiden, blockieren – aber keine mündigen Schülerinnen und Schüler.“ Dabei gelte das Neutralitätsgebot nur für die Institution Schule, nicht aber für den Unterricht. Dort gelte vielmehr ein Kontroverse-Gebot. Es sei Aufgabe von Lehrkräften, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, politische Meinungen herauszubilden. „Neutralität im politischen Unterricht ist eine Illusion“, stellte Reinhardt klar. Jede Lehrkraft habe eine politische Identität und könne auch ihre Grundrechte wahrnehmen. Alles andere wäre unehrlich. Reinhardt: „Die vielfältigen Interaktionen im Unterricht lassen sich nicht per Dienstordnung regeln.“

Wie aber umgehen mit extremistischen Äußerungen von Lernenden? Politik-Didaktiker Petrik hat in ostdeutschen Schulklassen vier Typen von rechtspopulistischen Sprücheklopfern ausgemacht: tabubrechende Provokateure und Mitläufer, Ausländerskeptiker, frustrierte Wohlstandschauvinisten – und gefestigte Nationalisten. Während die letzte Gruppe immun gegen Kritik und Sachinformationen sei, so Petrik, seien die drei anderen noch für Fakten und Argumente in sokratischen Lehrstrategien zugänglich: durch eigenes Entdecken und Urteilen, durch neutrales Nachfragen und die Ermutigung der zurückhaltenden Schüler – oder durch Aufzeigen argumentativer Widersprüche.

Sven Heitkamp,
freier Journalist



Vorteile für
GEW-Mitglieder!



0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

- ✓ **bundesweit kostenfrei Geld abheben**
an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **einfacher Kontowechsel**
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**
mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ **attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**

Vorteile für
GEW-Mitglieder:

50,- Euro

Startguthaben

- Kostenfreie BBBank Kreditkarte Visa ClassicCard²⁺³



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 07 21/141-0
oder auf www.bbbank.de/gew

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR SERVICE-QUALITÄT
GmbH & Co. KG

1. PLATZ

Bank des Jahres
Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung
Nov, 2018
6 Filialbanken
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

ntv

¹ Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

² Voraussetzung: Girokonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

³ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.



Cartoon: Thomas Pfämann

„Kinder sind nicht Problemverursacher“

// Dort, wo AfD und NPD bei Eltern gut ankommen, macht sich das auch im Kita-Alltag bemerkbar. Erzieherinnen und Erzieher stellt das vor Herausforderungen. Ziel ist, die Entscheidungsfreiheit der Kinder zu stärken. //

Seit die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ im Plauener Stadtteil Haselbrunn ihr „Bürgerbüro“ eröffnete und mit 20 Aktivisten zuzog, ist die Stadt im Vogtland in Aufruhr. Die Rechten haben Zulauf. Von „besorgten Bürgern“, die kein Problem damit haben, bei Demos wie jener, die am 9. März auf dem zentralen Klostermarkt stattfand, zusammen mit Hitler-Fans gegen „Ausländergewalt“ zu demonstrieren. Von Jugendlichen, die finden, dass in ihrer Stadt endlich etwas geboten wird

und die offenbar leicht zu indoktrinieren sind: „Eine Lehrerin in Haselbrunn sagte mir kürzlich, dass sich Schüler mit ‚Heil Hitler‘ von ihr verabschiedet hätten“, berichtet die Plauener Pädagogin Doritta Korte. Wie vielerorts in Sachsen gibt es auch im Vogtland verfestigte Neonazistrukturen, zum Teil in zweiter Generation. Beim „III. Weg“ arbeiten sie daran, dass die dritte Generation größer als die erste und die zweite wird. In der Haselbrunner Straße, unweit des Bürgerbüros, hängen an den Laternenmasten Aufkleber vom „III. Weg“, am Aufgang zur Kita „Mäuseburg“ steht „Asylflut stoppen“. Korte ist Vorsitzende des Vereins „Colorido“, der sich für die Integration Geflüchteter einsetzt. Bei der Bundestagswahl hatte sie sich als Wahlhelferin registrieren lassen. In ihrem Wahllokal, einer Kita in Ha-

selbrunn, holte die NPD 16, die AfD 33 Prozent. Bundesweit gab es Hunderte Wahllokale, in denen die AfD auf ähnlich hohe Ergebnisse kam.

Vielfalt vermitteln

Da überrascht es nicht, dass der Rechtsruck auch Erzieherinnen und Erzieher vor Herausforderungen stellt. Wie in einer Kita unweit von Halle, in der bereits das jüngste Kind einer völkisch-nationalistischen Familie so indoktriniert ist, dass es große Probleme gibt, und die Mutter verkündete: „Mein Kind soll nicht neben einem Ausländer sitzen.“ Oder in dem Städtchen im ländlichen Raum, in dem Kita und Grundschule versuchen, den Kindern auch als Gegenentwurf zu den Prägungen aus dem Elternhaus den Wert von Vielfalt sowie Entscheidungs-

freiheit zu vermitteln. „Wir achten darauf, dass die Kinder selbst Entscheidungen treffen und lernen, nicht mit dem Strom zu schwimmen“, berichtet eine Grundschullehrerin. „Die Eltern, die ihre Kinder hier in die Kita oder Grundschule bringen, agitieren nicht – es gibt hier ja auch kaum ausländische Kinder. Aber sie lassen durchblicken, dass sie das auch gut so finden. An ihren Tätowierungen erkennt man, wo sie politisch hingehören.“ Oder in einer anderen Kita, in 150 Kilometern Entfernung, in der ein Kind aus einer Reichsbürger-Familie für Probleme sorgt. Der Fünfjährige, der kognitiv einen Entwicklungsrückstand von einem Jahr hat, definiert Kinder gemäß einem Freund-Feind-Schema. Sprüche wie „Du gehörst nicht hierher“, sind an der Tagesordnung. Eines seiner Lieblingsspiele ist, andere Kinder „abzuschieben“. Kein Wunder, dass kein anderes Kind mit ihm spielen will.

Insgesamt also keine einfache Gemengelage für die Kita, sagt die Diplom-Sozialarbeiterin Eva Prausner, als sie mit dem Fall konfrontiert wird. Prausner leitet das Projekt „ElternStärken“, das seit 2008 vom Land Berlin gefördert wird. Solche Fälle stellten die fachliche Arbeit vor ein „Dilemma“: „Die Kinder sind nicht die Problemverursacher. Aber durch ihr ausgrenzendes Verhalten geraten sie selbst in Konflikt mit Kindern und Fachkräften in der Kita.“

Rassismus im Kita-Alter

Aus ihrer Beratung kennt Prausner viele ähnliche Beispiele: Kinder, die nicht mit anderen Kindern spielen wollen, weil deren dunklere Haut „dreckig“ sei; Kinder, die andere fragen, wann sie endlich „nach Hause“ gehen und damit ein anderes Land meinen. „Alle Kinder nehmen wahr, dass es Unterschiede zwischen ihnen und anderen Kindern gibt. Diese Vielfalt zu respektieren, ist ein wichtiges Bildungsziel“, sagt Prausner. Bedenklich sei, wenn Verschiedenheit zu ausgrenzendem Verhalten führe, oder dazu, dass eine abwertende Sprache benutzt wird und Kinder in ihrer Identität angegriffen werden. „Je nach Einzelfall muss herausgefunden werden, ob Kinder Vorurteile ihrer Eltern übernehmen“, so Prausner.

Die Berliner Sozialarbeiterin unterscheidet zwischen einer „vorurteilsmotivierten“ Meinung und einem rechtsextremen Weltbild, das Vorstellungen von der grundsätzlichen Ungleichwertigkeit der Menschen oder positive Bezüge zum Nationalsozialismus beinhaltet. Doch beides kann dazu führen, dass Kinder nicht unvoreingenommen und frei auf andere zugehen können. „Damit ist die Kita gefordert“, sagt Prausner. „Aufgabe der Erzieherinnen und Erzieher ist es, abwertende Anteile zu delegitimieren und das Kind gleichzeitig in seinem Recht auf Schutz, Anerkennung und Inklusion zu stärken.“ Hier seien Eltern wichtige Kooperationspartner. Auch sie stellt fest, dass rechte Ideologien gesellschaftsfähiger geworden sind. „Da heißt es dann: ‚Was ich sage, wird auch im Parlament so gesagt‘.“ Glücklicherweise machten dann jedoch oft andere Eltern solche Einstellungen zum Thema.

Auch in Jena waren Eltern alarmiert, als sie erfuhren, welchen politischen Hintergrund eine der Erzieherinnen in „ihrer“ Kita hatte. Das blenden die Kritiker gerne aus, die behaupten, die Kündigung von Riccarda W.* sei ein Fall von Sippenhaft gewesen. Sie ist die Frau von Ralf W., der 2018 in den NSU-Prozessen wegen Beihilfe zum Mord zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt worden war. Denn die Taten ihres Mannes waren nicht der Grund für ihre Kündigung. Vielmehr war die Erzieherin Kassenprüferin des NPD-Kreisverbands und wollte sich nicht von der Weltanschauung der Partei distanzieren; der Arbeitgeber sah darin einen Verstoß gegen das „humanistische Leitbild“ der Einrichtung und kündigte. Im Fall eines rechtsextremen Horterziehers hat die Stadt Mannheim eine Kündigung ausgesprochen, weil dieser in rechter Szenekleidung bei einer NPD-Demo mitmarschiert war. Das Arbeitsgericht erklärte die Kündigung für rechtmäßig. An einer sächsischen Hochschule wurde eine Studentin der Sozialen Arbeit exmatrikuliert, weil ihr Verbindungen ins NSU-Umfeld nachgewiesen wurden. Überhaupt sind Vorwürfe der Gesinnungsschnüffelei eher Wahlkampfgeklingel. Denn es geht nicht darum, AfD-Sympathisanten aus dem Beruf zu

treiben. Worum es allerdings durchaus geht, ist dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder gleich behandelt werden – unabhängig von Herkunft oder Religion. Nicht nur das Thüringer Kita-Gesetz schreibt Einrichtungen ins Stammbuch, dass „insbesondere (...) Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, Kulturen und Lebensweisen (...) gefördert werden“ sollen.

Ignorieren bringt nichts

Während es juristisch also durchaus eine Handhabe gibt, um rechte Agitatoren vom Erzieherberuf fernzuhalten, ist es deutlich schwieriger, auf Eltern und deren Kinder einzuwirken. Kinder entwickeln ihr Werteschema erst noch, sie testen vieles aus, auch Grenzen. Zuweilen hilft es schon, wenn das Personal einen Perspektivwechsel einfordert („Stell dir mal vor, DU würdest von einem Kind ...“). Andere Einrichtungen haben gute Erfahrungen mit Bildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsradikalismus gemacht. In Gesprächen mit den Eltern empfiehlt sich, auf Anklagen zu verzichten, aber deutlich zu machen, welche Folgen das Verhalten des Kindes im Kita-Alltag hat. Auch das Entwerfen eines Leitbildes für die Einrichtung kann hilfreich sein, um den Fachkräften Rückendeckung zu geben. Wenn die Hausordnung das Tragen rechter Szeneklamotten verbietet, genügt gegenüber den Eltern ein entsprechender Hinweis. Eines aber ist klar: Ignorieren bringt nichts. Denn Kinder, die andere abwerten, fühlen sich bestärkt, wenn das nicht sanktioniert wird. „Die entsprechenden Eltern bekommen oft auch ordentlich Gegenwind“, weiß Prausner. „Viele Eltern wollen ja auf keinen Fall, dass ihr Kind in solch einem Klima aufwächst.“ Mut und Optimismus sind also angebracht. Denn in einem offenen, respektvollen Klima, in dem positive Werte vorgelebt werden, lässt sich vieles zum Positiven beeinflussen. Auch Kinder, deren Eltern merkwürdige Ansichten vertreten.

Christoph Ruf,
freier Journalist

***Name geändert**

„Eine Schule ist Teil ihres Umfelds“

// Der Erziehungswissenschaftler Michael Hammerbacher ist Leiter des Vereins für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V. (DEVI), der in Berlin, Brandenburg und Hamburg arbeitet. //

E&W: Sie bieten in Berufsschulen unter anderen Fortbildungen zum Umgang mit Rechtspopulismus an. Warum suchen die Schulen Unterstützung?

Michael Hammerbacher: Meist, weil sie alltagsrassistische Haltungen beobachten. Es gibt Schülerinnen oder Schüler, die diskriminiert werden, es kommt zu Konflikten zwischen Schülergruppen. Dahinter steckt natürlich nicht immer ein Zusammenhang mit rechtspopulistischen oder -extremen Denkweisen; in Berlin führen häufiger Konflikte in Communities mit Bezügen in andere Länder dazu, dass Schulen sich melden. Aus Brandenburg erreichen uns häufiger Anfragen zu Rechtspopulismus-Fortbildungen.

E&W: Weil Schulen, an denen es mehr AfD-Wähler gibt, auch mehr Probleme mit Rechtspopulismus haben?

Hammerbacher: Es ist schon ein Unterschied, ob rechtspopulistische Parteien bis zu 30 Prozent Zustimmung finden, oder diese bei 5 Prozent liegt. Eine Schule ist Teil ihres Umfelds; übrigens bis in die Kollegien: In Regionen, in denen viele Menschen Zuwanderung skeptisch sehen, spiegelt sich das auch in Lehrerzimmern wider. Ebenso finden rechtspopulistische Positionen dort häufiger Eingang in die Klassenzimmer.

E&W: Gibt es einen Rat an Lehrkräfte, wenn sie im Unterricht hören, diese oder jene Menschen gehörten nicht nach Deutschland?

Hammerbacher: Wenn diskriminiert und ausgegrenzt wird, sollte ich das nie



Foto: privat

Michael Hammerbacher

unwidersprochen lassen – sondern zumindest deutlich machen, dass ich das anders sehe. Wie es weitergeht – mit einem Einzelgespräch, einer Klassen-Debatte oder auch einer Meldung bei der Schulleitung – hängt vom Einzelfall ab; auch von der Frage, ob man es mit einer strafbaren Äußerung, etwa Volksverhetzung oder Holocaustleugnung, zu tun hat. Zunächst ist wichtig: Lehrkräfte sind verpflichtet, zu intervenieren.

E&W: Warum?

Hammerbacher: Es gehört zu ihrem Beruf, Schülerinnen und Schüler vor Abwertung und Diskriminierung zu schützen. Und weil alle Schulgesetze von Bayern bis Schleswig-Holstein dazu verpflichten, Toleranz und Demokratie zu vermitteln und Widerständigkeit gegen nationalsozialistisches Gedankengut zu fördern.

E&W: Ist das bekannt?

Hammerbacher: Im Grunde hat jede Lehrkraft das gelernt. Tatsächlich allerdings beginne ich Fortbildungen oft mit einer Lesephase: des Grundgesetzes, der Schulgesetze, der Allgemeinen Menschenrechtserklärung. Das wirkt zunächst etwas altbacken, kommt aber bei vielen gut an in Zeiten, in denen die Grundrechte verstärkt angegriffen werden. Ziel ist, Lehrkräfte in ihrer Grundrechtsklarheit wie -kompetenz zu stärken; also darin, Grundrechte zu kennen, zu vermitteln und zu verteidigen. Dazu gehört, entsprechende Äußerungen wahrzunehmen, zu deuten und entsprechend pädagogisch zu handeln.

E&W: Nun sagen Sie aber, dass es, etwa zum Asylrecht, im Kollegium verschiedene Haltungen geben mag.

Hammerbacher: Deswegen ist wichtig, eine Diskussion zu führen, was der Grundkonsens ist. Zum einen sind in einem demokratischen Diskurs alle Forderungen von jener nach offenen bis zu jener nach geschlossenen Grenzen zulässig. Darüber kann man sich verständigen – und dann feststellen, wo in der Schule die Grenzen liegen, also etwa: Jede Gewaltanwendung überschreitet eine Grenze und jede Abwertung von Menschen. Ebenso kann man festhalten: Unabhängig von unseren unterschiedlichen Positionen arbeiten wir faktenbasiert und auf Basis rationaler Argumentationen.

E&W: Also braucht es die ganze Schule und nicht nur einzelne Lehrkräfte?

Hammerbacher: Ja, im besten Fall entwickelt das Kollegium gemeinsam eine Strategie. In jenen 15 Berufsschulen, mit denen das DEVI am engsten kooperiert, arbeiten wir in neun Handlungsfeldern: von der Einbindung von Themen in den Unterricht

über demokratiepädagogische Maßnahmen bis zum Festlegen einheitlicher Regelungen.

E&W: Was bedeutet Letzteres?

Hammerbacher: Unter anderem, dass es klare Handlungsketten gibt. Sodass ich als Lehrkraft zum Beispiel weiß, was zu tun ist, wenn ein Schüler ein T-Shirt mit NS-Symbol trägt, das er nicht ausziehen will: Wie geht es dann weiter; wen informiere ich? So etwas bedarf auch einer rechtlichen Antwort. Anders ist es bei Äußerungen, die nicht verboten, aber dennoch pädagogisch zu bearbeiten sind. Auch für solche lassen sich Handlungen planen.

E&W: Ist für Lehrkräfte wichtig, zwischen Rechtspopulismus und -extremismus unterscheiden zu können, weil es unterschiedlicher Antworten bedarf?

Hammerbacher: Ja – weil es einen juristischen und einen politisch-moralischen Bereich gibt, aber auch wegen

der großen Grauzone und zahlreicher Überschneidungen. Mit Blick auf die Schüler würde ich eher dazu raten, an konkreten Themen zu arbeiten: etwa zu Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Homophobie.

E&W: Raten Sie dazu, mit „rechten“ Schülern in den Dialog zu gehen, sie also nicht auszugrenzen?

Hammerbacher: Ich würde eine weitere Unterscheidung machen: Wenn Schüler organisiert sind, in einer Partei oder einer Kameradschaft etwa, sind sie eher mit Nachfragen zum Nachdenken zu bringen; „nur“ Sympathisierende sind eher für Argumente zugänglich. Wichtig ist, passende Debattenformate zu finden, in denen auch zugehört wird – immer in dem Rahmen, den man sich gesetzt hat: keine Gewalt, keine verbalen Angriffe etc. Am schwierigsten ist der Umgang mit rechtsextremen Kadern. Da ist wichtig, genau zu schauen, inwieweit diese die Schule als Aktionsfeld

nutzen, ihren Wirkungskreis einzuschränken und gegebenenfalls Hilfe von einschlägigen Beratungsstellen zu holen.

E&W: Wie geht man mit rechten Eltern um?

Hammerbacher: Wichtig ist: Pädagogisch stehen nicht sie im Fokus – sondern ihre Kinder. Man sollte in jedem Fall hinschauen, was das für den Schüler heißt: Agitiert er, versucht er, sich abzugrenzen, braucht er Unterstützung? Ansonsten gilt auch hier: Wenn es in einen organisierten Bereich geht, sollte man dafür sorgen, dass diese Eltern die Schule nicht als Wirkungsfeld nutzen können. Gut ist etwa, andere Eltern einzubeziehen und zu stärken.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

www.demokratieundvielfalt.de

IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

In der Habichtswald Privat-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter 0800 - 890 11 01.

Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.

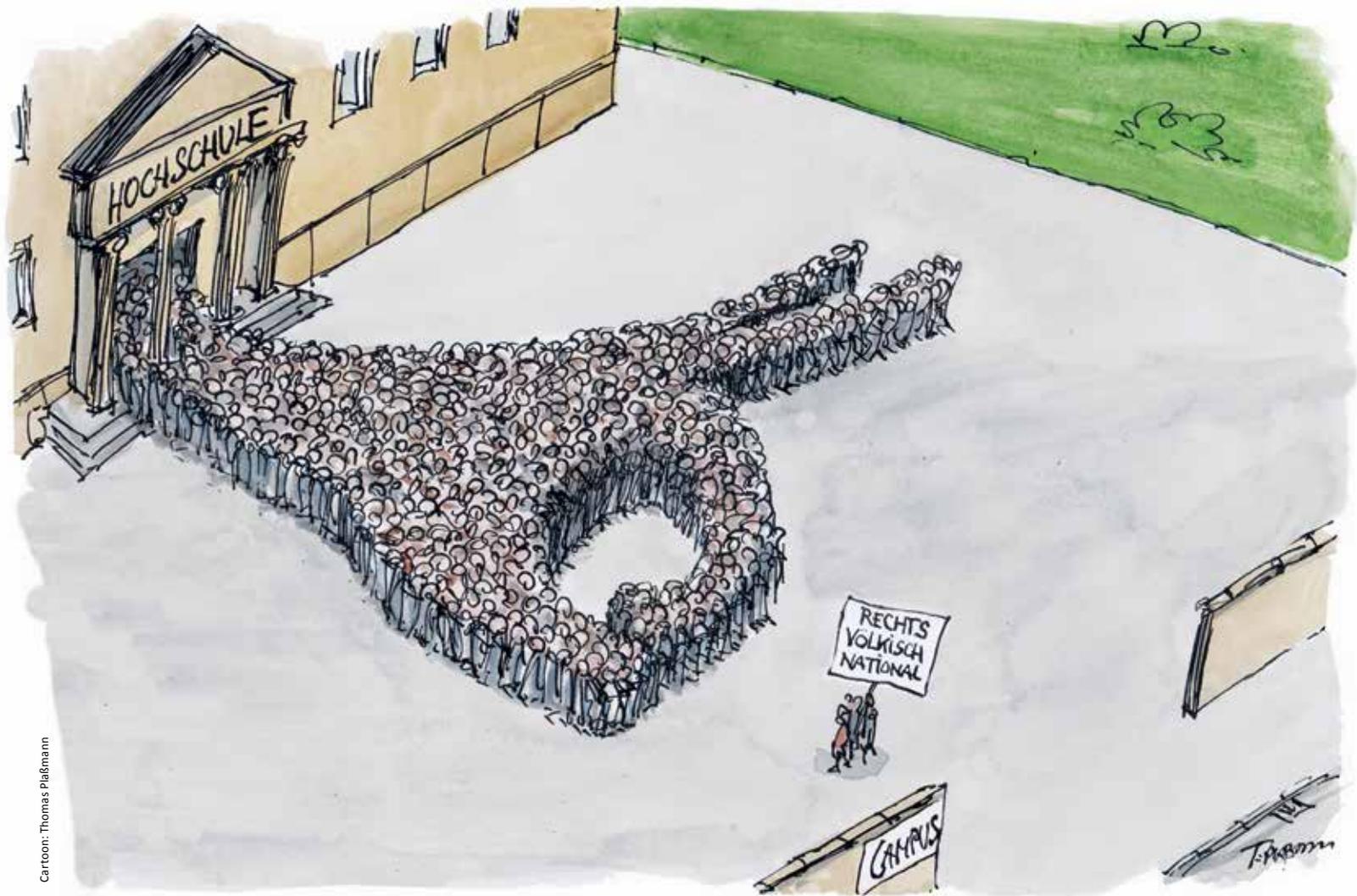
SEIT 1986
30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie



Habichtswald Privat-Klinik

Krankenhaus für Psychosomatische Medizin
und Psychotherapie

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe
www.habichtswaldklinik.de/privat



Cartoon: Thomas Plagmann

Mehr Schein als Sein

// Entgegen ihrer Selbstdarstellung haben extreme Rechte an den Hochschulen bislang nicht Fuß fassen können. Doch das Klima verändert sich. Und die Suche nach Gegenstrategien hat gerade erst begonnen. //

Der Lichthof der Ludwig-Maximilians-Universität München im Oktober 2018: Wo 75 Jahre zuvor die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer der „Weißen Rose“ Flugblätter gegen den Nationalsozialismus regnen ließen, verteilt die AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ Flyer mit Zitaten von Sophie Scholl und der Botschaft „Gegen das Unrecht-Regime!“. Gemeint ist die Bundesrepublik.

Es ist nicht die erste Provokation, mit der die erstarkte Rechte in Deutschland ihr neues Selbstbewusstsein an

den Hochschulen demonstriert. An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sorgte die AfD-Hochschulgruppe „Campus Alternative“ bereits 2016 für medialen Wirbel, als sie der Statue des Hochschulpatrons eine Burka und das Schild „Bildungsbombe“ umhängte. An der Frankfurter Goethe-Universität tauchten Flugblätter der örtlichen Jungalternativen auf, die zur Denunziation linker Lehrender aufriefen. In Greifswald versuchten Aktivisten der vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“, eine Vorlesung zu stören. Und in Halle an der Saale sollen antifaschistisch engagierte Studierende sogar von bewaffneten Rechtsextremen in der Mensa bedroht worden sein.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Im Gefolge des Aufstiegs der AfD haben die Rechtsaußen auch die Hochschulen als

Kampffeld entdeckt. Glaubt man den Selbstdarstellungen, sind die Rechten in diesem Kampf außerordentlich erfolgreich. „Wir waren Vorreiter, jetzt folgt ganz Deutschland“, verkündete die Düsseldorfer „Campus Alternative“ im Herbst 2017 via Facebook. „Die AfD erobert unsere Universitäten.“

Vor allem virtuell aktiv

In der Realität ist es mit dieser Eroberung allerdings nicht gar so weit her. Von einer „Riesenlücke zwischen Schein und Sein“ spricht der Düsseldorfer Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler. „Es wird groß die Trommel gerührt und versucht, sich als die andere Jugendbewegung zu inszenieren“, sagt der Sozialwissenschaftler. „Das spiegelt sich aber nicht in einer hochschulpolitischen Verankerung.“ Zwischenzeitlich hatten sich zwar an rund 30 Orten AfD-

Hochschulgruppen zu Wort gemeldet und insbesondere gegen linke Studierendenvertretungen, gegen Feminismus und Genderforschung agitiert. Zumeist geschah das aber lediglich im virtuellen Raum der sozialen Medien. Heute ist selbst davon kaum noch etwas übrig: Aktuell gepflegte Facebook-Auftritte fanden sich Anfang März nur noch in Berlin und Halle – mit bescheidenen 76 und 215 Likes.

In die Studierendenparlamente von Düsseldorf, Kiel und Kassel wurde vorübergehend je ein Jungalternativer gewählt, gerade einmal rund 100 Stimmen reichten wegen der traditionell geringen Wahlbeteiligung dafür aus. Derzeit sitzen noch zwei AfDler aus Süddeutschland im Studierendenparlament der Fernuni Hagen, und seit Oktober 2018 ist die „Campus Alternative“ an der Universität Halle-Wittenberg mit einem Sitz im Studierendenrat (StuRa) vertreten. Das war's.

Nach Halle lohnt ein genauerer Blick. Direkt gegenüber dem geisteswissenschaftlichen Campus der Martin-Luther-Universität hat die „Identitäre Bewegung“ vor knapp zwei Jahren ihr erstes – und bundesweit nach wie vor einziges – Zentrum eröffnet. Auch hier wurde zur Eroberung der Hochschule geblasen, auch hier folgte der großsprecherischen Ankündigung kaum etwas. „Sie haben das Haus nicht genutzt, um auf die Uni einzuwirken“, sagt StuRa-Vorsitzender Lukas Wanke. Wichtiger als die Präsenz in der realen Welt ist den modern auftretenden Rechtsaußen-Aktivistinnen – innerhalb wie außerhalb der Hochschulen – jedoch ohnehin die Selbstinszenierung, die Produktion von Aufmerksamkeit und Aufregung in den rechtsextremen Filterblasen der sozialen Medien.

Dazu passt, dass die Abgeordnete der „Campus Alternative“ im Hallenser StuRa bislang keinen einzigen Antrag gestellt, für kein Amt kandidiert, ja nicht einmal einen Diskussionsbeitrag geliefert habe, wie Wanke berichtet. Was ihre Gruppierung jedoch nicht hindert, anschließend bei Facebook über die Beschlüsse des Studierendenrats herzu ziehen. „Sie versuchen, mit den klassischen Inszenierungstricks der ‚Identitären Bewegung‘ eine Hochschulgruppe

aufzubauen“, sagt der StuRa-Vorsitzende, für den außer Frage steht, dass die „Campus Alternative“ an seiner Uni ein Projekt der Identitären ist.

AfD und Identitäre

Obwohl es beim AfD-Nachwuchs wie bei der Mutterpartei einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit Blick auf die „Identitäre Bewegung“ gibt, sind solche Verbindungen vielerorts belegt. Die personellen und ideologischen Überschneidungen trugen auch dazu bei, dass die „Junge Alternative“ vom Bundesverfassungsschutz kürzlich offiziell unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt wurde. Und sie sind kein Zufall: Vordenker der Szene predigen das Konzept der „Mosaik-Rechten“, verstanden als ein Netzwerk, das von der AfD über Thinktanks, etwa das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) des extrem rechten Verlegers und Publizisten Götz Kubitschek, bis zu den Aktivistinnen der „Identitären Bewegung“ reicht. Eine wichtige Rolle spielt dabei die „Deutsche Burschenschaft“ (DB). Der Dachverband von derzeit noch 44 schlagenden Studentenverbindungen in Deutschland pflegt seit jeher eine völkisch-nationalistische Rhetorik. Doch seit etliche der noch etwas gemäßigeren Bünde den Verband im Streit um eine als „Ariernachweis“ kritisierte Aufnahmeregelung verlassen haben, hat sich der verbliebene harte Kern weiter radikalisiert.

„Die DB-Burschenschaften besetzen die Schnittstelle zwischen der AfD und Gruppierungen, die noch weiter rechts stehen“, erklärt die Gießener Politikwissenschaftlerin Alexandra Kurth, die sich seit langem mit dem Korporationswesen beschäftigt. Burschenschaften haben sich zum Tummelplatz für Junge Alternative, Identitäre und Neonazis entwickelt. Sie sind zugleich beliebtes Rekrutierungsfeld für AfD-Abgeordnete, die Personal für ihre Bundestagsbüros suchen. Der Pressesprecher der DB leitet zugleich das Sammlungsprojekt „Ein Prozent für unser Land“ um Götz Kubitschek.

Neue Grenzen des Sagbaren

„Diese zunehmende Symbiose von Rechtsextremen und Nationalkonser-

vativen vergrößert den Resonanzraum“, sagt Sozialwissenschaftler Häusler. Und was sich gesamtgesellschaftlich durch verschobene Grenzen des Sagbaren bemerkbar macht, durch ausgrenzende Positionen, die plötzlich als diskussionswürdig gelten, geht auch an den Hochschulen nicht spurlos vorbei – der schwachen organisatorischen Verankerung der Rechten zum Trotz.

Die GEW erfüllt das mit Besorgnis. „An den Hochschulen werden Menschen ausgebildet, die später in Schlüsselpositionen arbeiten, werden Themen erforscht, die für unsere Gesellschaft wichtig sind“, sagt der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte Andreas Keller. Es sei „wichtig, den Anfängen zu wehren und gegen die Bedrohung von rechts die Stimme für die Verteidigung von Grundwerten, Wissenschaftsfreiheit, Menschenrechten und Demokratie zu erheben“. Ende März – nach Redaktionsschluss dieser E&W-Ausgabe – veranstaltete die GEW deshalb in Halle ein Studierendenseminar, um den Austausch über „Strategien gegen rechts“ voranzubringen.

Was tun, wenn AfD-Politiker in Hörsälen auftreten wollen? Wie reagieren, wenn akademische Veranstaltungen von rechtsextremen Aktivistinnen gestört werden? Nicht nur Studierende und Lehrende suchen noch nach dem richtigen Umgang, auch die meisten Hochschulverwaltungen tun sich schwer. Zwar tragen, einem Aufruf der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) aus 2015 folgend, zahlreiche Universitäten den Claim „Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit“. Konkrete Handlungsstrategien stehen aber nur selten dahinter. Zu den raren Ausnahmen gehört die Goethe-Universität Frankfurt: Hier beschloss der Senat im Februar, ein „umfassendes Konzept gegen Menschenfeindlichkeit und extreme Rechte am Campus“ zu entwickeln, bestehend unter anderem aus regelmäßigen Informationsveranstaltungen, einem Handlungsleitfaden und einer Meldestelle für rechtsextreme Vorfälle. Die Initiative war von den studentischen Senatsmitgliedern ausgegangen.

Joachim F. Tornau,
freier Journalist

Auf dem Weg zur rechtsextremen Partei ...

// ... sei die AfD, sagt der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Frank Decker im Interview. //

E&W: Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer bezeichnet die Rechtsverschiebung in europäischen Gesellschaften als „autoritären Nationalradikalismus“ und findet den Begriff Rechtspopulismus „verharmlosend“ (s. S. 2). Stimmen Sie zu?

Frank Decker: Nicht ganz. Man darf nicht den Fehler machen, von einer Pauschalisierung in die andere zu fallen. Tatsächlich decken die neuen Rechtsparteien ein relativ breites Spektrum ab, das von sehr konservativen bis zu rechtsextremen Positionen reicht.

E&W: Wie definieren Sie Rechtspopulismus?

Decker: Der Kern des Rechtspopulismus ist die radikale Kritik an den herrschenden Eliten, denen vorgeworfen wird, sie missachteten den „Volkswillen“. Sozialwissenschaftliche Begriffe sind leider nicht immer trennscharf – auch beim Populismus gibt es viele Grauzonen. Ähnlich ist es bei der Frage, ab wann eine Partei rechtsextrem ist.

E&W: Ist die AfD auf dem Weg nach ganz rechts?

Decker: Das bestätigt nicht nur das Material der Verfassungsschutzämter.

Auch in der Wissenschaft besteht weitgehend Einigkeit, dass etwa ein Drittel der AfD-Funktionäre dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen ist. Rechtsextreme werden von der Parteispitze geduldet, vielleicht sogar gefördert. Insofern ist die AfD tatsächlich dabei, eine rechtsextreme Partei zu werden.

E&W: Gibt es eine gemeinsame Ideologie europäischer Rechtspopulisten?

Decker: Gemeinsam ist ihnen ein christlich-abendländisches Verständnis nationaler Identität; damit grenzen sie sich von außereuropäischen Kulturen ab, insbesondere dem Islam. Die Ablehnung der „kulturfremden“ Migration ist deshalb das wichtigste Mobilisierungsthema für die rechten Parteien.

E&W: Lösen kulturelle Abgrenzungsmuster damit rassistische ab?

Decker: Die Neue Rechte gesteht fremden Kulturen durchaus ein Entfaltungsrecht zu, nur dürfen diese sich nicht mit der heimischen Kultur vermischen. Genau das ist aber rassistisch.

E&W: Sind rechtspopulistische Parteien das Auffangbecken für Modernisierungsverlierer?

Decker: Zunächst: Worauf bezieht sich der Begriff? Sind das in erster Linie Menschen, die glauben, dass die Politik ihnen einen fairen Anteil an der Wohlstandsentwicklung vorenthalten hat; oder Menschen, die befürchten, ihre kulturelle Identität zu verlieren? In der Forschung gibt es darüber eine Kontroverse. Ich halte beide Aspekte für wichtig – nur zusammengedacht können sie das Erstarken des Rechtspopulismus erklären.

E&W: Gehen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus Hand in Hand?

Decker: Das scheint zumindest für die Bundesrepublik zu gelten.

Wann immer hierzulande eine rechtspopulistische Partei angetreten ist, haben rechtsextreme Kräfte versucht, sich ihrer zu bemächtigen.

E&W: Seit den 1990er-Jahren ist der Rechtspopulismus in Europa ein flächendeckendes Phänomen. Wie erklärt sich das?

Decker: Zum einen sind die sozialen und ökonomischen Konflikte größer geworden, festzumachen etwa an der Finanz- und Eurokrise. Zum anderen hat die nach 9/11 einsetzende Welle des islamistischen Terrorismus die kulturellen Ängste verstärkt. Hinzu kommt die

„Kern des Rechtspopulismus ist die radikale Kritik an den herrschenden Eliten ...“

Frank Decker

Krise der europäischen Integration, die in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler eine Ursache ist für diese Probleme. Solange wir all das nicht in den Griff bekommen, hat der Rechtspopulismus Aufwind.

E&W: Das heißt, das Wählerpotenzial der AfD bleibt konstant?

Decker: In der Wahl solcher Parteien verbinden sich antidemokratische Einstellungen, die es auch früher gegeben hat, mit dem Unmut über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Weil beides so rasch nicht verschwindet, wird auch die AfD nicht verschwinden. Dennoch dürfte ihr Wählerpotenzial geringer bleiben als zum Beispiel das der österreichischen FPÖ.



Prof. Frank Decker

Foto: Volker Lammert/
Universität Bonn



„... dafür sorgen, dass demokratiefeindliche Einstellungen gar nicht erst entstehen.“

Frank Decker

E&W: Warum?

Decker: Das hängt mit der gerade beschriebenen extremistischen „Vereinnahmung“ zusammen, die ihre Chancen zumindest im Westen begrenzt. Allerdings: Wir wissen nicht, wie sich die kulturellen und ökonomischen Konflikte in der Gesellschaft entwickeln. Der Migrationsdruck aus Afrika wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter zunehmen. Geraten wir dann noch in eine Konjunkturkrise, könnte das den Rechtspopulisten neue Wähler zutreiben.

E&W: Verläuft die politische Bruchlinie vor allem zwischen Ost und West?

Decker: Wir haben zu lange verdrängt, dass die Menschen aus der DDR nach dem Mauerfall eine postkommunistische Gesellschaft bilden. Wie in anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern spiegelt sich das Identitätsproblem hier weniger in der Zu- als in der Abwanderung – seit der Vereinigung hat der Osten zwei Millionen Einwohner verloren. Die Vorstellung, dass es mit der wirtschaftlichen auch zu einer raschen kulturellen und mentalitätsmäßigen Angleichung kommen wird, war ein Trugschluss.

E&W: Wie gefährlich ist die AfD insbesondere im Osten?

Decker: Ich sehe eine kritische Grenze, wenn die Partei wie im Osten mehr als 20 oder 25 Prozent der Stimmen erreicht, weil man sie dann von der politischen Macht nicht auf Dauer fernhalten kann. Damit gewinnen auch extremistische Gruppen politischen Einfluss

und rücken in Institutionen ein, etwa im Bereich der politischen Bildung oder der öffentlich-rechtlichen Medien. Auf der anderen Seite weiß die AfD, dass sie durch ihr zunehmend extremistisches Erscheinungsbild einen erheblichen Teil des bürgerlich-konservativen Wählerspektrums verprellt. Daher rührt ihre große Sorge vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

E&W: Nach dem Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes darf die AfD öffentlich nicht mehr als Prüffall bezeichnet werden.

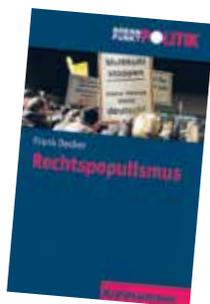
Decker: Dass das Instrument der Überprüfung trotzdem sehr wirksam ist, beweist die Unruhe, die es in der AfD ausgelöst hat. Deshalb würde ich die repressiven Mittel nicht in Frage stellen, die wir in Deutschland aufgrund der Erfahrungen aus der Nazizeit eingeführt haben. Sie müssen nur klug eingesetzt werden. Und sie dürfen nicht als Alibi dienen, um sich die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu ersparen.

E&W: Umso wichtiger wird politische Bildung!

Decker: Ja. Langfristig gilt es dafür zu sorgen, dass demokratiefeindliche Einstellungen gar nicht erst entstehen. Dazu müssen wir die Anstrengungen in der Demokratiebildung deutlich verstärken – auch bei der Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte, die besser gerüstet sein sollten, um die neuen Herausforderungen der Demokratie durch Populismus und Extremismus im Unterricht kompetent zu behandeln.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft“

Frank Decker: Rechtspopulismus. Kohlhammer Verlag 2019



Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherte diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzlinik@schmerzlinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzlinik.com

Der semantische Bürgerkrieg

// Mit einer Reihe Strategien hebeln die Rechten gängige Diskursregeln aus. Gut ist, diese zu kennen – und sie weder zu leugnen, noch sich zurückzuziehen. //

Die demokratische Zivilgesellschaft steht einer antideokratischen und antihumanistischen

Bewegung gegenüber – und zwar auch, was Sprache, Sprechweisen und Narrative angeht. Im „semantischen Bürgerkrieg“ verschwindet der Diskurs, der in einer Demokratie gegensätzliche Auffassungen miteinander ins Gespräch bringt. Nicht nur, weil die jeweils andere Seite die Grenze von der Meinung zum Verbrechen zu überschreiten droht, sondern auch, weil beide Seiten verschiedene Vorstellungen haben, was Sprache ist und wozu sie dient. Um mit Rechten diskutieren zu können, müsste man zunächst zu Diskursregeln zurückkehren. Allerdings scheint ein Großteil der rechten Rhetorik vor allem dem Zweck zu dienen, Diskursregeln auszuhebeln. Diese Taktiken können durchkreuzt werden. Dazu einige Ansatzpunkte.

Rechte Rhetorik speist sich im Kern aus drei Erzählungen. Diese sind erstens die Erzählung von „linksliberalen

Eliten“ und ihrer „grünlinksversifften“ intellektuellen Entourage, die sich vom Volk entfremdet haben, es betrügen und nicht ernst nehmen. Zweitens die Erzählung von der „Flut“ der Flüchtlinge und Fremden, die dieses Volk kulturell, religiös, politisch

und sexuell entmachten, „Mischung“, Chaos und Unsicherheit bringen und „unser Geld“ kosten. Drittens die Erzählung von sexuellen und kulturellen Minderheiten, die die traditionellen Ordnungen der Geschlechter, Familien und Generationen stürzen und eine „verschulte“ Gesellschaft wollen. Diese Erzählungen kursieren in den verschiedensten Formen und Dosierungen und sind nahezu unendlich kombinierbar.

Populismus und Popkultur

Desweiteren wissen die Vertreter des Rechtspopulismus auf der Klaviatur der populären Kultur zu spielen. Männer wie Silvio Berlusconi oder Donald Trump kamen direkt aus dem medialen Sektor in die Politik. Die Inszenierungsform der Rechtspopulisten bezieht bekannte Elemente etwa der Fernsehunterhaltung mit ein. Unterschiedliche Unterhaltungssegmente, etwa die „volkstümliche Musik“ oder der „Gangsta-Rap“, bilden erfolgreiche rechte bis rechtsextreme Trends aus. Bereits im „vorphysischen“ Stadium haben sie radikale Verkürzungen vorgenommen und Begriffe besetzt. Zusätzlich gelingt es der Rechten seit geraumer Zeit, eine eigene mediale Präsenz zu generieren, mit eigenen Bands, Modemarken, Magazinen und Verlagen.

Dabei ist eine effektive Finanzierungsmöglichkeit entstanden: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus funktionieren auch als Geschäftsmodelle. Und es entsteht eine zweite, zum Teil nonverbale Sprache, die mit der ersten, der „offiziellen“ Sprache der Demokratie ein Hase-und-Igel-Spiel treibt.

Heimatsfunktion der Sprache

Die Entwicklung von Politik, Ökonomie und Technologie, die man „Fortschritt“ nennt – auch wenn der Preis dafür täglich höher wird –, hat den Menschen entheimatet, „atomisiert“, subjektiviert. Und als wären die sozialen Beziehungen nicht schon prekär genug, postulierten die „Marktradikalen“ unter der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er-Jahren auch noch „There is no such thing as society“ – eine Gesellschaft gibt es nicht. Zu orientieren habe man sich allein am Markt und dem starken Staat, der zu nichts anderem diene, als diesen Markt gegen seine Kritiker und Gegner zu schützen. Die Folge: Wenn Gesellschaft nicht mehr Identität und Wert erzeugt, beginnt eine Suche nach anderen Institutionen dafür.

Bemerkenswerterweise kommt der Sprache dabei eine eigene Rolle zu. Sprache wird zum einen zur Heimat, es häufen sich Begriffe, die das ersehnte WIR erzeugen, das Volk, die Nation, die „Rasse“; zum anderen zur Waffe, indem neben die Überhöhung des Eigenen die Abwertung des Anderen tritt. In einem weiteren Schritt geht der Weg vom selbstlegitimierenden „Das wird man doch noch sagen dürfen“ hin zu einer Sprache, in der die Anhängerinnen und Anhänger „wissen, was gemeint ist“, während die demokratische Öffentlichkeit allenfalls dumpfe Provokation

spürt. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass kaum eine rechte Rhetorik vorstellbar ist, in der Hass- und Morddrohungen nicht mit einer Selbstdarstellung als Opfer verbunden sind.

Nationalsozialismus, andererseits um eine Übernahme „hipper“ und aktueller Begriffe in diesen Kontext.

Schon älter ist der Begriff „Ambiguitätstoleranz“ (Fähigkeit, andere Sichtweisen zu akzeptieren sowie Mehrdeutigkeiten und Widersprüche zu ertragen, Anm. d. Red.) – wobei es hier eher um den Mangel an selbiger geht. Die britischen Soziologen Stuart Hall und Zygmunt Bauman sehen als Ursache der „Rückkehr zur Ethnizität“ das Bestreben nach einem symbolischen „Zeichen von Gegenidentifikation“.

Ethnische, religiöse und ideologische „Fundamentalisierung“ ersetzt dabei das „moralische Gebot der Solidarität über Spannungen und Unterschiede hinweg, durch das formale Gebot der Loyalität gegenüber der Identität stiftenden Größe/Idee“.

All das spielt sich in Zeiten des Internets ab. Der österreichische Journalist Robert Misik schreibt: „Der Aufstieg des Rechtspopulismus hat eine Vielzahl von Gründen, sozialökonomische etwa oder dass sich eine Angst in unsere Gesellschaft hineinfrisst. Aber zugleich geht der globale Aufstieg des Rechtspopulismus mit der Verbreitung des Internets und der Social-Media-Revolution einher. Es wäre fatal, diese Zusammenhänge kleinzureden.“ Einschlägige Parameter dabei sind der Enthemmungseffekt – online kann man vergleichsweise gefahrlos hetzen, beleidigen, unterstellen oder lügen – sowie der Selbstverstärkungseffekt durch Zustimmung von imaginären Gruppen und Milieus. Dazu kommen noch die Unterstützung durch professionelle, taktische Arbeit der rechten Organisationen und eine Aufmerksamkeitsökonomie, die nicht auf Information, sondern auf Reizung beziehungsweise Gereiztheit reagiert.

Verschwörung als Weltbild

Rechtsextremismus und Verschwörungsfantasie sind eine Allianz einge-

gangen, die, einmal in Gang gesetzt, kaum noch aufzulösen ist. In einer Verschwörungsfantasie wird alles, was diese in Frage stellen könnte, in den Dienst des Bildes selbst gesetzt: Ein Gegenbeis kann in dieser Logik nichts anderes sein als eine besonders perfide Verdrehung. Sind die drei großen Erzählungen der Rechten ihre propagandistischen Offensivwaffen, sind Verschwörungsfantasien und die mit ihnen verknüpften Feindbilder von „Lügenpresse“, „Linksintellektuellen“ und „Volksverrättern“ die Defensivwaffen der Rhetorik. Mit ihrer Hilfe entzieht man sich jeder diskursiven Auseinandersetzung – während man zugleich lauthals „Meinungsfreiheit“ für sich selbst einfordert.

Schwierigkeiten

In diesem semantischen Bürgerkrieg zeigt die demokratische Zivilgesellschaft große Schwierigkeiten, angemessen zu reagieren: also weder mit gleichen

„Das wird man doch noch sagen dürfen.“

Der Klang der Gewalt

Dem Hass auf die kritische Intelligenz entspricht der Hass auf deren wichtigstes Instrument: die Sprache. So wird „Kulturkampf“ bis in die Niederungen der gelenkten Shitstorms in sozialen Medien immer auch Sprachvernichtung. Es wäre gewiss lohnend, die Hassmails und Slogans der extremen Rechten nicht allein auf den bizarren Umstand zu reduzieren, dass offenbar Menschen, die ideologisch besonderen Wert auf deutsche Kultur und deutsche Sprache legen, mit beidem so wenig vertraut sind. Wichtig ist, darin auch eine konsequente und „konzertierte“ Entwertung und Enteignung zu sehen: Als Basis jeder Verständigung wird die Sprache selbst zum Feind und in einen Klang der Gewalt verwandelt.

Ein weiterer zentraler Punkt in der rechten Rhetorik ist „Framing“: Strategisch werden sowohl Themen gesetzt – all die „Stöckchen“, über die Medien immer noch allzu gern springen – als auch Begriffsketten erzeugt, die fortan auf allen Kanälen ständig wiederholt werden. Womit die Rechtsextremen bis weit in die Mitte der Gesellschaft punkten können, ist der unentwegte Hinweis auf eine „Schuldkultur“, die „uns“ daran hindere, eine „ganz normale Nation“ zu werden. Dabei geht es einerseits um die „Rehabilitierung“ von Worten, Sprechweisen und Narrativen aus der Zeit des

„Sie wissen, was gemeint ist.“

Mitteln „zurückzuschlagen“ noch sich empört und verzweifelt zurückziehen. Was am wenigsten hilft – aber leider in der „Mitte“ häufig gepflegt wird – ist die Leugnung dieses semantischen Bürgerkriegs.

Georg Seeßlen,
freier Journalist und Buchautor

Literaturhinweis:

Georg Seeßlen,
Markus Metz:
„Der Rechtsruck –
Skizzen zu einer
Theorie des politischen
Kulturwandels“, 240 Seiten,
Bert+Fischer 2018



MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

Mehr Zeit für politische Bildung

Seit dem sogenannten PISA-Schock stehen die Leseförderung sowie die Stärkung des mathematischen Verständnisses und der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Fokus der Bildungspolitik. In den Hintergrund geraten sind die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, die (inter-)kulturelle Bildung, Kunst und Musik. Politische Bildung führt seitdem ein Schattendasein und muss wieder ins Licht gerückt werden. Im März 2015 riefen die Bildungsminister*innen der Europäischen Union in ihrer „Pariser Erklärung“ zur Förderung der politischen Bildung und der gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung auf. Die Kultusministerkonferenz erneuerte im Oktober 2018 ihre Beschlüsse zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Die Anforderungen an Schule und damit die Lehrkräfte sind hoch. In allen Schulgesetzen sind die Bildungsziele zwar jeweils etwas unterschiedlich, aber umfassend verankert: Zum Bildungsauftrag gehört, die Schülerinnen und Schüler zum selbstbestimmten Denken und Handeln zu befähigen, sie sollen ihre Verantwortung für sich und die Gesellschaft wahrnehmen und sich dabei von den Werten des Grundgesetzes und den Menschenrechten leiten lassen. Gemessen an diesen Zielen müsste die Demokratieerziehung als Unterrichtsprinzip eine herausragende Rolle in Studium und Vorbereitungsdienst erhalten. Das ist aber nicht so. Skandalös hoch ist der in der Schule fachfremd erteilte Politikunterricht. In den erforschten Bundesländern liegt er in Gymnasien bei gut 30 Prozent, in den Haupt- und Realschulen bzw. Schulen des gemeinsamen Lernens – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – sogar bei 70 bis über 80 Prozent.

„17 Minuten Politikunterricht, 20 Sekunden Redezeit für die Schülerinnen und Schüler“, diesen erschreckend geringen Umfang gezielten Politikunterrichts hat Professor Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld in einer Studie zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen festgestellt. Diese Daten gelten jedoch nicht nur für dieses Bundesland. Konfrontiert mit der Vernachlässigung des Politikunterrichts

und um das „Demokratie lernen und leben“ in den Blick zu rücken, unterstützte die GEW im Oktober 2018 eine Fachtagung, zu der fast 100 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland kamen: Wissenschaftler*innen, Didaktiker*innen der politischen Bildung an den Universitäten, Mitarbeiter*innen aus Studienseminaren, Lehrer*innen sowie Vertreter*innen der gewerkschaftlichen und non-formalen Bildung.

Die Fachleute schlugen Alarm und formulierten von dieser Tagung ausgehend die Hofgeismarer Erklärung „Wann, wenn nicht jetzt?“*. Der den Gewerkschaften verbundene Soziologe Oskar Negt bringt es auf den Punkt: „Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsform, die gelernt werden muss!“ Die Gesellschaft will, dass in den Schulen Demokrat*innen erzogen und gebildet werden, die die Wirklichkeit kritisch hinterfragen und sich einmischen, wenn Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat und Umwelt gefährdet sind. Gegenwärtig müssen wir mit Blick auf diese wichtige Aufgabe von schwerwiegenden Versäumnissen mit entsprechenden Folgen sprechen. Auf Grundlage der Hofgeismarer Erklärung will die GEW einen Diskussionsprozess über Demokratielernen und Politikunterricht anstoßen. Wir wollen und können die Erzieher*innen und Lehrer*innen nicht allein lassen. Wir werden die für Bildungspolitik zuständigen Abgeordneten darauf hinweisen, dass Anspruch und Praxis immer weiter auseinander driften – und wir dieses Problem dringend lösen müssen. Kinder und Jugendliche zu befähigen, selbstbestimmt an der Entwicklung der Gesellschaft teilzuhaben, ist der Grundstein für gelebte Demokratie. Demokratieerziehung und Politikunterricht brauchen einen deutlich höheren Stellenwert!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

[*bit.ly/hofgeismar-erklaerung-pdf](https://bit.ly/hofgeismar-erklaerung-pdf)

Rechtsextreme Gewalt gegen Medien

// Vor allem Reporterinnen und Reporter, die von Aufmärschen berichten, geraten zunehmend ins Visier der rechtsextremen Szene. //

Die Zahl der überwiegend rechtsradikal motivierten Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten in Deutschland schnellte 2018 in die Höhe. 26 Übergriffe auf Reporter zählt das in Leipzig ansässige Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) in einem Bericht auf* – mehr als dreimal so viele wie im Vorjahr. Nur vier der dokumentierten Vorfälle wiesen keinen politisch rechten Hintergrund auf. Von den anderen 22 Angriffen ereigneten sich 20 im Umfeld öffentlicher Versammlungen der rechtsextremen Szene. Das ECPMF dokumentiert seit sei-

ner Gründung 2015 gewaltsame Attacken auf Medienvertreter. In diesem Zeitraum zählte es insgesamt 96 Übergriffe, von denen sich mit 47 nahezu jeder zweite im Freistaat Sachsen ereignete. Der bisherige Höchststand von 43 Fällen wurde 2015 registriert. Ein Jahr später waren es 19 und 2017 acht Vorkommnisse. Die Autoren sehen einen Zusammenhang zwischen rechtsradikaler Mobilisierung und der Gewalt gegen Medienschaffende. So nahmen 2015 in ganz Deutschland 101.000 Menschen, zwei Jahre später nur noch gut 14.300 an rechten Aufmärschen teil. Im vorigen Jahr waren es wieder knapp 35.600. wid

*ECPMF: „Feindbild Journalist. Report 2018“. Download: bit.ly/feindbild-journalist-pdf

„Courage zeigen gegen rechts“

// Die GEW ruft auf, gegen rechtsextreme Hetze sowie jegliche Form von Diskriminierung aktiv zu werden. //

Menschen- und demokratiefeindliche Positionen sowie völkisches Vokabular seien seit dem Einzug der AfD in den Bundestag und die Landesparlamente wieder salonfähig geworden. Sie bedrohten die Grundpfeiler des friedlichen Zusammenlebens in Europa, warnt die GEW in ihrem Aufruf „Courage zeigen gegen rechts“. Auch im Bildungswesen wolle die neue Rechte Einfluss gewinnen. Mit den Online-Meldeportalen nehme die AfD zudem verstärkt Lehrende an Schulen und Hochschulen ins Visier, die sich kritisch mit der Partei auseinandersetzen. „Zeit, laut zu widersprechen und gegenüber menschenverachtenden Worten und Taten klar Position zu beziehen!“, stellt die GEW fest. hari



GEW-Stickerkarte gegen rechts. Bezug über: www.gew-shop.de

Infos: www.gew.de/antirassismus

Burnout?

Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

Chronische Schmerzen?

Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integrierter Ganzkörper-Kältetherapie bei -110°C

Unser Leistungsspektrum umfasst:

- Krankenhausbehandlung (anstelle einer Behandlung am Wohnort)
- Rehabilitation (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf „Haus Kulm“ ist spezialisiert auf die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern, insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungskopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Erschöpfungszustände/Burnout, depressive Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen.

Ein erfahrenes Team garantiert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Umsetzung des ganzheitlichen Behandlungskonzeptes.



www.inselklinik.de

Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm
Kulmstraße 9 – 17424 Ostseebad Heringsdorf
Telefon: 038378 59-130 oder -591
Fax: 038378 59-585
E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de



St. Josephshaus



Kinder- u. Jugendhilfezentrum gGmbH



An der Bischof-Ketteler-Schule in Klein-Zimmern/Dieburg, einer staatlich anerkannten Ersatz-Schule mit dem Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung und Kranke in Trägerschaft der St. Josephshaus Kinder- und Jugendhilfezentrum gGmbH und dem Theresien Kinder- und Jugendhilfezentrum und St. Josephshaus e.V., ist

zum nächstmöglichen Zeitpunkt oder Schuljahresbeginn 2019/2020 **die Stelle eines/einer stellv. Förderschulleiter/in** zu besetzen.

Ihre Bewerbung richten Sie an:

St. Josephshaus
Kinder-u.
Jugendhilfezentrum gGmbH
Herr Markus Pelz
Burgstraße 5
64846 Groß-Zimmern

Details zur Ausschreibung:

www.st-josephshaus.de

Tel. 06071 – 494 – 0

Email an: pelz@st-josephshaus.de

Fürs Klima auf die Straße

// „Fridays for Future“: In immer mehr Städten machen Schülerinnen und Schüler freitags für einen besseren Klimaschutz mobil. Tausende Wissenschaftler unterstützen die Forderungen – während die Kultusminister sich vor allem um die Schulpflicht sorgen. //

Eine Gruppe Jugendlicher steht an einem regnerischen Freitagvormittag vor dem Kieler Landtag und fordert einen Kurswechsel in der Klimapolitik. Die jungen Menschen sind nicht allein: Seit Dezember gehen deutschlandweit Schülerinnen und Schüler während der Unterrichtszeit auf die Straße. An den „Fridays for Future“ fordern sie von Politik und Gesellschaft mehr Einsatz gegen den Klimawandel. Spitzenpolitiker, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, loben das Engagement der Jugend als wichtiges Signal. Doch viele Kultusministerinnen und -minister sehen das Schwänzen für den guten Zweck zunehmend kritisch. Für Lehrkräfte und Schulleitungen ist der Umgang mit den Protesten ein Balanceakt.

„Als Lehrer sind sie dagegen, als Bürger dafür“, fasst die 18-jährige Gymnasiastin Tanja ihre Gespräche mit Lehrkräften zusammen. Sie ist mit anderen Jugendlichen aus Neumünster zur Demo nach Kiel gereist und schwänzt nicht, da an ihrer Schule an diesem Tag kein Unterricht stattfindet. Aber da sie und die anderen weiter an den „Fridays for Future“ teilnehmen wollen, sind ihre Namen geändert.

Denn rechtlich ist die Frage klar, ob Jugendliche während der Unterrichtszeit demonstrieren dürfen: Nein, Schul-



Fotos: dpa

Vorläufiger Höhepunkt der Schülerstreiks für Klimaschutz: der Aktionstag am 15. März. Weltweit protestierten Hunderttausende Jugendliche – rund 6.000 von ihnen in Frankfurt am Main.

pflicht geht vor. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich bereits 1973 mit Schülerstreiks befasst und festgestellt, dass nicht einmal das Wort zutrefte, da nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Streikrecht besäßen. Es handle sich um „organisiertes unentschuldigtes Fernbleiben“. Die Meinungsfreiheit sei nicht verletzt: „Das Demonstrationsrecht kann in der unterrichtsfreien Zeit ausgeübt werden.“

Aber gerade weil der Streik verboten ist, fällt er auf – das ist die Idee der Schwedin Greta Thunberg. Mit 15 Jahren stellte sie sich im August 2018 mit einem Plakat vor das Parlament in Stockholm und löste eine weltweite Bewegung aus. Anfang März trat sie bei einer Demo in Hamburg auf und sorgte für Jubel der aus der ganzen Republik angereisten Schülerinnen und Schüler. Beifall kommt auch aus der Wissenschaft. Über 12.000 Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen haben sich unter dem Motto „Scientists4future“ den Forderungen der Jugendlichen angeschlossen und bestätigen: Angesichts weltweit steigender Meeresspiegel und Temperaturen sind Schritte gegen den Klimawandel dringend nötig. Streiks erlauben, verbieten oder etwas dazwischen? Darüber wird seit Beginn

Globaler Protesttag

„Ich will nicht ersticken“, lautete die Botschaft eines Mädchens in Neu-Delhi, einer der am stärksten mit Feinstaub belasteten Städte der Welt. In Deutschland hieß es unter anderem „Die Zeit rennt, ihr pennt!“. Rund um den Globus, an etwa 2.000 Orten und in 120 Staaten, gingen am 15. März Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf die Straße und forderten von Politik und Gesellschaft Taten gegen den Klimawandel. Das Motto, in Abgrenzung zu einem Slogan des US-Präsidenten Donald Trump und als Tribut an die 16-jährige schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg: „Make the world Greta again.“ Ist nach diesem Höhepunkt ein Ende der Freitagsdemos erreicht? Nein, sagte die 22-jährige Studentin Luisa Neubauer, eine der Mitorganisatorinnen der Fridays-for-Future-Bewegung in Berlin, der Nachrichtenagentur dpa: „Wir streiken so lange, bis die Regierung einen Plan hat für unsere Zukunft und unseren Planeten.“ Lob von Spitzenpolitikerinnen und -politikern reiche nicht aus, es gehe um Entscheidungen. Wie sollen Schulen damit umgehen, wenn die Demonstrationen fortgesetzt werden? Tristan Barczak, Rechtswissenschaftler an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, hält das Streikverbot der KMK von 1973 (S. 24 f.) für zu pauschal: „Das Argument ‚Wir können nicht für die Zukunft lernen, wenn wir keine haben‘ gewinnt hier juristische Relevanz.“ Im Einzelfall sei die Befreiung vom Unterricht auf Antrag der Eltern – oder ausnahmsweise der Schülerinnen und Schüler selbst – möglich. Dafür brauche es „zwingende Gründe“. Diese seien aber gesetzlich nicht definiert, so Barczak. Die GEW erklärt sich solidarisch: „Die Schülerinnen und Schüler, die trotz angedrohter Sanktionen auf die Straße gehen und einen radikalen Kurswechsel in der Klimapolitik fordern, haben recht. Es kommt jetzt darauf an, dass die Politik diese Forderungen umsetzt“, heißt es in einem Beschluss des Hauptvorstands. Das sieht auch Thunberg so: Weltweit stiegen die Emissionen, Anzeichen für ein Umdenken seien nirgends zu sehen. Ein Ende der Proteste ist für sie undenkbar: „Warum in aller Welt sollten wir jetzt aufhören? Wir haben noch nicht mal angefangen.“

E. G.

>>> Fortsetzung auf Seite 25

>>> Fortsetzung von Seite 24

der Proteste gestritten, jede Schule geht eigene Wege. So erhielten demonstrierende Schüler des Münchener Luitpold-Gymnasiums den „Arbeitsauftrag“, einen Aufsatz über die Ziele der Freitagsaktionen zu schreiben, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“. In anderen Schulen werden Listen geführt; Streikende wechseln sich ab, sodass niemand zu viele Fehlstunden anhäuft. So erleben es auch die Jugendlichen in Kiel: „Die Schulleitung hat gesagt, wir sollten aufschreiben, wer alles zur Demo geht und uns nicht zu viele Gedanken über die Konsequenzen machen“, berichtet die 16-jährige Mareike. Aber es gilt auch: „Wer bei einer Klausur fehlt, kriegt eine Sechs, Nachschreiben ist verboten.“ Dabei teilen viele Lehrkräfte das Anliegen. Antje Wolf, GEW-Personalrätin und Biologielehrerin in Schleswig, ist im Grunde stolz auf die Jugendlichen, die trotz Kritik weiter demonstrieren: „Unser Auftrag besteht ja darin, die Jugendlichen zu kritischen und autarken Persönlichkeiten zu erziehen. Wenn sie für ihren Protest Ärger in der Schule auf sich nehmen, kann ich nur sagen: Ziel erreicht.“ In der Klasse würde sie das aber nicht sagen. Für Härte ist das Bildungsministerium in Sachsen-Anhalt: Alle Demonstrationen sollten an das Landesschulamt gemeldet

werden, berichtete der MDR. Wenn Eltern ihren Kindern eine Entschuldigung schreiben, könnten „Zwangsgeldverfahren geboten sein“, empfiehlt das Ministerium. Der dortige Bildungsminister Marco Tullner (CDU) findet den Protest wenig überzeugend: „Heute ist es der Klimaschutz, morgen die Angst vor dem Wolf, übermorgen der Weltfrieden.“ Die Organisatoren einiger Demos haben reagiert, indem die Treffen nun ab Mittag stattfinden – jenseits des Unterrichts. Das wäre auch im Sinne von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU): „Die Sorge der Jugend um das Klima wäre glaubwürdiger, wenn sie ein Opfer in ihrer Freizeit bringen würden“, sagte er dem WDR.

Kritik aus der Politik

Ähnlich sieht es Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU). Sie sagte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Auch unterstützenswertes Engagement gehört in die Freizeit und rechtfertigt nicht das Schulschwänzen.“ Fast gleichlautend äußerte sich Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) im NDR: „Bei allem Verständnis – niemand verbessert die Welt, indem er die Schule schwänzt.“ Auch eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht die Demos inzwischen kri-

tisch: Laut einer Umfrage sagen 54 Prozent, die Proteste sollten in die Freizeit verlegt werden – aber 80 Prozent finden, dass Umweltschutz ein Thema für den Unterricht ist. Hier sieht Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Schule, einen Anknüpfungspunkt: „Die Streiks könnten ein Anlass sein, die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auf politischer Ebene in den Fokus zu rücken.“ Nachhaltige Entwicklung sei ein zentrales Zukunftsthema, doch zurzeit würden Schulen weder personell noch materiell ausreichend unterstützt, um sich damit umfassend auseinanderzusetzen. „Mit BNE als Querschnittsthema können wir auch die eigene Arbeit hinterfragen“, sagt Hoffmann und nennt Beispiele: „Welche Materialien verwenden wir? Sind diese sozial verträglich und nachhaltig produziert?“

Die Jugendlichen in Kiel wollen auf jeden Fall weitermachen. „Natürlich wird sich die Welt nicht sofort ändern lassen“, sagt Tanja. „Aber die Politik muss endlich ihre Versprechen einhalten.“ Die elfjährige Swantje hat eine klare Forderung an alle Menschen: „Weniger Plastikmüll verursachen.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Die heute 16-jährige Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg war mit ihrem Protest vor dem schwedischen Reichstag 2018 zuerst Einzelkämpferin. Aber sie brachte mit ihrer Beharrlichkeit eine Lawine ins Rollen.

SKOLSTREJK
FÖR
KLIMATET



Wenn aus Ben Lisa wird

// Während Transidentität früher meist als Erwachsenenthema galt, unterstützen heute bereits Eltern ihre Kinder, im für diese passenden Geschlecht zu leben. //

Seit den Herbstferien trägt der Regenwurm an Lisas* Garderobe eine Krone. Die Regenwurm-Prinzessin, Lisas Zeichen in einem Bremer Kindergarten, soll ausdrücken, dass etwas Wichtiges passiert ist. Denn aus den Herbstferien kam nicht Ben zurück, wie die Sechsjährige bis dahin im Kindergarten genannt wurde. Sondern Lisa. Und Lisa liebt Prinzessinnen.

„Ihre Spezialinteressen fielen sofort auf“, erzählt ihre Erzieherin Mara Jansen, die das Kind seit dreieinhalb Jahren kennt. „Sie wollte immer Rapunzel spielen und hat sich lange Haare aus Tüchern gemacht.“ Anfangs hielt Jansen das für einen „Tick“, wie sie es nennt. Aber Bens Vorliebe für alles, was er als Mädchensachen identifiziert hatte, wurde nur größer. Und dann sprach er seinen sehnlichsten Wunsch aus: „Wenn ich groß bin, kann ich ein Mädchen sein.“ Doch so lange musste er nicht warten. Nach einem Gespräch im vergangenen Sommer zwischen Eltern und Erzieherin und einer gemeinsamen Fachberatung sagten diese allen im Kindergarten Bescheid: Lisa, na klar, ist ein Mädchen.

Damit steht sie für eine neue Entwicklung. Während früher Menschen wie Lisa häufig tatsächlich erst als Erwachsene nach außen leben konnten, was sie im Inneren schon lange empfanden, nehmen heute immer mehr Eltern eine Transidentität ihrer zum Teil noch sehr jungen Kinder wahr – und unterstützen sie darin. Seit 2014 gibt es mit dem Trans-Kinder-Netz, abgekürzt „Trakine“ (s. Kasten S. 27), auch einen Elternverein. Dieser hat sich das Ziel gesetzt, mit Beratung und Fortbildung nicht zuletzt pädagogische Fachkräfte über Transidentität aufzuklären.

Transident heißt: Jemand identifiziert sich nicht mit einem aufgrund körperlicher Merkmale zugeschriebenen Geschlecht. Das bedeutet: Ein Kind ist biologisch ein Mädchen, empfindet sich

aber als Junge – und umgekehrt. Selten kann es sich weder dem einen noch dem anderen Geschlecht zuordnen oder wechselt zwischen den Geschlechtern. Das Empfinden, im falschen Körper zu stecken, kann bereits im Kindergarten- oder Grundschulalter entstehen – oder zu jedem anderen Zeitpunkt im Laufe eines Lebens, erklärt die Psychologin Birgit Möller. Und es sei keine freie Entscheidung: „Das kann man weder an- noch aberziehen.“

Möller leitet am Universitätsklinikum Münster die Sprechstunde für Transkinder und -jugendliche. Fünf solcher universitären Sprechstunden gibt es in Deutschland, alle verzeichnen eine wachsende Nachfrage, entsprechend lang sind die Wartezeiten. Mit einer Modeerscheinung, wie es einer ihrer Kollegen jüngst im Spiegel behauptet hat, habe das nichts zu tun, sagt Möller. „Weil das Thema stärker in der Öffentlichkeit ist, wissen Betroffene früher,

was mit ihnen los ist. Und sie trauen sich, das auszusprechen, weil die Akzeptanz gewachsen ist.“

Der heute 16-jährige Tim* etwa sah mit elf Jahren einen TV-Bericht über einen Transteenager in den USA und ahnte: „Das hat etwas mit mir zu tun.“ So erzählt er es beim Gespräch im Haus seiner Eltern in einer norddeutschen Kleinstadt. Seinen Eltern schrieb er einige Monate später einen Brief, in dem er sich als trans outete. „Ich bin aus allen Wolken gefallen“, sagt seine Mutter Inga Marxen*, die neben ihm sitzt. Wie viele Eltern von Transjungen dachte sie, ihre Tochter, die nur mit Jungs spielte und ausschließlich Hosen trug, sei einfach burschikos. „Alle fanden immer toll, dass sie nicht so mädchenhaft ist.“

Suche nach Normalität

Mit 13 vertraute sich Tim seinem Beratungslehrer am Gymnasium an. Gemeinsam mit dem Schulleiter erklärten

„Wenn ich groß bin, kann ich ein Mädchen sein“, sagte Ben. So lange musste Ben, die jetzt Lisa ist, nicht warten.



sie seiner Klasse, was los ist. Die Reaktionen waren gut, sagt er. „Vorher kamen mal Sprüche wie ‚Willst du nicht doch ein Junge sein?‘“. Danach hätte das aufgehört. Seine Mutter erinnert daran, dass es nicht ganz reibungslos verlief. So schlug der Schulleiter erst vor, dass Tim auf die Lehrkräftetoilette geht und sich in einem Extraraum für den Sportunterricht umzieht. Aus Sorge vor Übergriffen durch Mitschüler. Doch Tim wollte Normalität. „Es befördert eher Diskriminierung, wenn die Kinder und Jugendlichen anders behandelt werden als die anderen“, sagt seine Mutter.

Beim Verein Trakine melden sich auch viele Eltern, die weniger gute Erfahrungen gemacht haben. Sie berichten von Lehrkräften, die sich weigern, den selbst gewählten Namen eines Kindes zu verwenden, oder Erzieherinnen, die ein Kind zwingen, den Rock aus- und eine Hose anzuziehen. „Viele Eltern müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie ihr Kind unterstützen“, erzählt die Vereinsvorsitzende Karoline Haufe. Und: „Es gibt Eltern, die wurden zu einer



Foto: Kerstin Roifes

Transidentität

Die Ursachen für Transidentität sind nicht bekannt, ebenso, wie viele Betroffene es gibt. Sicher ist, dass die Zahl derjenigen, die ihre Transidentität leben, wächst. So hat sich zwischen 2008 und 2017 die Zahl derer, die aufgrund des Transsexuellengesetzes ihren Vornamen geändert haben, mehr als verdoppelt. Aktuelle Erfahrungen aus Transambulanzen sprechen gegen die verbreitete Annahme, es gebe mehr Transfrauen (Mann-zu-Frau) als umgekehrt. Der Begriff „transsexuell“ wird nicht mehr verwendet, weil er impliziert, es ginge um Sexualität.

■ **Weitere Informationen:** www.trans-kinder-netz.de (Trakine e. V.)

E. B.

Art Tribunal zitiert.“ Dort hätten ihnen Leitung, Lehrkräfte oder Erzieherinnen und Erzieher sowie manchmal sogar der Autismusbeauftragte der Stadt veraltete medizinische Leitlinien vorgelesen, nach denen ihr Kind nicht der Norm entspricht, aber keinesfalls transident sei. Manchmal würden Pädagogen auch versuchen, den Gegenbeweis anzutreten, nach dem Motto: „Aber er spielt doch auch mit dem Schwert, das kann kein Mädchen sein!“

„Nicht freiwillig“

Dabei glauben viele offenbar, damit im Interesse des Kindes zu handeln. Oft werde den Eltern vorgeworfen, sie würden ihrem Kind schaden, sagt Haufe. Oder es sogar in die gegengeschlechtliche Rolle drängen. „So einen Weg sucht man sich nicht freiwillig aus“, sagt Tims Mutter. „Dafür ist der zu steinig.“

Da ist zum einen die Angst davor, das Kind könnte diskriminiert werden oder gar körperliche Gewalt erfahren, etwa, wenn es ungeoutet in die Schule geht und Mitschülerinnen und Mitschüler sein „Geheimnis“ entdecken. Zum anderen wollen viele ihr körperliches Erscheinungsbild dem Wunschgeschlecht angleichen. Wenn Jugendliche in der Pubertät gegengeschlechtliche Hormone bekommen, ist ihnen ihr Geburtsgeschlecht nach kurzer Zeit nicht mehr anzusehen. Aber: Sie müssen die Hormone ihr Leben lang einnehmen und tragen die Risiken für Nebenwirkungen. Auch geschlechtsangleichende Operationen sind möglich. Und für alles, auch für eine Änderung des Vornamens im Personalausweis, müssen sie in aufwändigen Verfahren nachweisen, dass ihr Wunsch nicht vo-

rübergehender Natur ist. Eine Garantie dafür, dass ihnen geglaubt wird, gibt es nicht: Das Urteil von Gutachtern wiegt oft schwerer als das der Betroffenen. Dabei seien die Folgen dessen, wenn transidente Menschen ihre Identität unterdrücken müssen oder Ablehnung erfahren, in Studien gut dokumentiert, sagt Psychologin Möller. „Depressionen, Angststörungen, Suizidalität“, zählt sie auf.

Auf der Homepage von Trakine berichten viele Eltern von Todeswünschen ihrer Kinder. Auch Lisa wollte, als sie noch Ben hieß, sterben, erzählt ihre Mutter Katja Held*. „Um als Mädchen wieder geboren zu werden.“ Die Helds leben in einem Einfamilienhaus am Rand von Bremen. Im Esszimmer hängen lauter Fotos von Lisa und ihrer drei Jahre älteren Schwester. Auch Lisas Eltern hatten lange gedacht, Bens Vorliebe für alles, was rosa ist und glitzert, sei nur eine „Phase“. Doch im vergangenen Sommer wurde ihr Kind immer unglücklicher. „Es war klar, dass es so nicht weiterging“, sagt Held.

Jetzt, ein halbes Jahr nach Lisas „Coming-out“ im Kindergarten, ist ihr davon nichts mehr anzumerken. Fröhlich springt sie beim Abholen durch die Garderobe und zeigt ihre Sachen. Lila Gummistiefel, rosa Hausschuhe. „Sie hat einen richtigen Sprung gemacht“, sagt ihre Mutter, „als habe sie jetzt erst den Kopf frei, sich zu entwickeln.“

Eiken Bruhn,
freie Journalistin

■ ***Alle Namen der Kinder und Mütter sind geändert.**

„Minenfeld“ Imam-

// Über „die heikle Frage der Imam-Ausbildung“ sowie über den Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler sprach E&W mit dem Islamwissenschaftler Prof. Bülent Uçar, der an der Universität Osnabrück Imame ausbildet. //

E&W: Soll der Koranunterricht nur in der Schule stattfinden oder ausschließlich in der Moschee?

Bülent Uçar: Koranunterricht sollte an beiden Standorten stattfinden. Moscheen haben andere Adressaten und Ziele als Schulen. In Gemeinden geht es in erster Linie um Glaubensangelegenheiten, in der Schule darum, diesen Glauben zu reflektieren und in die Gegenwart zu übertragen. Das Problem der Schulen: Nur maximal 10 Prozent aller muslimischen Schülerinnen und Schüler erhalten ein Unterrichtsangebot. Das Problem der Gemeinden: Der Religionsunterricht in den Moscheen entspricht oft nicht den Lebenswelten junger Leute.

E&W: Wieso nicht?

Uçar: Teilweise haben wir es in Moscheen immer wieder mit extremistischen Grundhaltungen zu tun. Vor allem aber sind die religiösen Angebote pädagogisch und theologisch nicht auf der Höhe der Zeit.

E&W: Wer bestimmt denn über Inhalte des islamischen Religionsunterrichts?

Uçar: Theologische Inhalte werden von den Religionsgemeinschaften festgelegt. Bedingung: Sie müssen grundgesetzkonform sein. Den strukturellen Rahmen gibt der Staat vor. So ist die Rechtslage. Allerdings sind die islamischen Verbände – außer in Hessen – nicht als Religionsgemeinschaft, geschweige denn als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Das ist aber die Voraussetzung dafür, dass sie finanziell unabhängig werden.

E&W: Kritiker bezeichnen die DITIB – Kürzel für Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion – als verlängerten Arm der türkischen Regierung?



Prof. Bülent Uçar

Uçar: Die Lage ist etwas kompliziert. In Deutschland ist der Staat weltanschaulich neutral. Er darf sich nicht in theologische Debatten einmischen. Entscheidend ist die Verfassungstreue einer Religionsgemeinschaft. Wie reformfreudig oder konservativ diese ist, bleibt deren Sache. Die Frage, die Sie ansprechen, ob eine Institution, die direkt als verlängerter Arm eines anderen Staates agiert, in einem Land als Religionsgemeinschaft anerkannt werden kann, ist juristisch zu klären.

E&W: Zwischen deutschem Staat und islamischen Verbänden besteht in puncto Religionsunterricht eine sehr wechselhafte Beziehung – zurzeit ist eher ein Abwärtstrend zu beobachten: Hessen etwa prüft, ob es mit der DITIB in einem Beiratsmodell zusammenarbeitet, in Nordrhein-Westfalen muss der Verband seinen Sitz im Beirat ruhen lassen, Baden-Württemberg will das Beiratsmodell erst gar nicht übernehmen, in Niedersachsen gibt es auch Probleme.

Uçar: Es war schon immer bekannt, dass DITIB in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zur türkischen Religionsbehörde Diyanet steht. Nur wie Politik und Verwaltung damit umgehen, ändert sich je nach politischer Großwetterlage. Viele

Akteure in diesem Bereich haben aber die Lust daran verloren, über die Anerkennungsfrage zu streiten. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit.

E&W: Die Länder wollen den Religionsunterricht nicht nur den Koranschulen überlassen.

Uçar: Wenn ein bekenntnisgebundener Religionsunterricht politisch nicht gewollt ist, sollte der Staat zumindest Islamkunde an Schulen anbieten – und zwar flächendeckend. Das Problem: Die DITIB ist der größte Player im religiösen Bereich, man kann sie nicht einfach ignorieren. Ich rate eher, den Verband über staatliche Sanktionsmöglichkeiten in die demokratische Mitte zurückzuholen.

Organisierte Muslime

Geschätzte 20 bis 25 Prozent der Musliminnen und Muslime sind in Religionsgemeinschaften organisiert. Unter den rund 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland sind zirka 40 bis 50 Prozent türkischer Herkunft, von denen wiederum etwa die Hälfte in der DITIB organisiert ist. Uçar/hari

Ausbildung

E&W: Wo stehen die Muslime in Deutschland nach der vierten Deutschen Islamkonferenz (DIK) Ende vergangenen Jahres? Die erste hatte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) 2006 initiiert.

Uçar: Das Allerwichtigste: Staatliche und islamische Religionsvertreter kommen zusammen und diskutieren miteinander. Keine Selbstverständlichkeit. Dank der DIK gibt es heute an verschiedenen Universitäten Lehrstühle für islamische Theologie – zum Beispiel in Osnabrück. Und wir versuchen derzeit über die DIK, eine deutsche Imam-Ausbildung auf den Weg zu bringen.

E&W: Keine leichte Aufgabe ...

Uçar: Die Imam-Ausbildung ist eine heikle Frage. Für manche Verbände stellt eine deutsche Ausbildung einen Angriff auf ihre Existenz dar, während andere sie unter der Bedingung befürworten, dass diese vollständig unter ihrer Ägide stattfindet. In Niedersachsen bemühen wir uns in Zusammenarbeit mit der DIK, neue Wege zu gehen.

E&W: Welche Konflikte gibt es?

Uçar: Die sind vor allem politischer, auch rechtlicher Art. Man streitet darüber, wer den Hut auf hat. Natürlich geht es dabei um die inhaltliche Ausrichtung, den politischen Einfluss.

E&W: Worüber streitet man konkret?

Uçar: Es gibt unterschiedliche Erwartungen der muslimischen Gemeinden. Den einen ist wichtig, dass eine Ausbildung angeboten wird, die ihren religiösen Vorstellungen entspricht. Andere wollen den Fokus auf das Pädagogische setzen, wieder andere sind bereit für theologische Öffnungsprozesse.

E&W: Wie versuchen Sie, sich da durchzumanövrieren?

Uçar (lacht): Das ist natürlich ein Minenfeld. In der jetzigen Phase

der Verhandlungen möchte ich dazu nichts öffentlich sagen. Aber es ist wichtig, die Gemeinden ins Boot zu holen. Wir wollen ja Imame für ihre Moscheen auszubilden. Da können wir uns nicht erlauben, uns gegen sie zu positionieren. Derzeit arbeiten wir an einer Kompromissformel.

E&W: Worin sehen Sie die Vorzüge, Imame in Deutschland auszubilden?

Uçar: Hier ausgebildete Imame sind der Sprache mächtig, der Kultur verpflichtet, empfinden sich nicht als Fremde. Deshalb haben sie einen besseren Zugang zu jüngeren Gemeindemitgliedern, die hier aufgewachsen sind.

E&W: DITIB-Imame bleiben in der Regel fünf Jahre in Deutschland. Was bedeutet das?

Uçar: Sie bleiben Fremde unter Fremden. Damit tut sich Diyanet selbst keinen Gefallen. Das ist mittlerweile auch in Ankara angekommen. Andererseits kann man nicht von heute auf morgen die Einreise von Imamen, die die Diyanet schickt, verbieten, doch sollte man an Übergangsmodellen arbeiten. Es gibt mittlerweile viele deutsche Studierende, die in der Türkei oder anderen Ländern islamische Theologie studiert haben ...

E&W: ... die aber weiter am Gängelband der Diyanet blieben ...

Uçar: Absolut. Sie können nicht erwarten, dass die türkische Religionsbehörde ihren Einfluss auf die Imame in Deutschland aufgibt, wenn sie deren Ausbildung finanziert. Das Problem löst man nur über alternative Finanzierungsmodelle. Und da beißt sich, wie es so schön auf Deutsch heißt, die Katze in den Schwanz ...

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft“



Handeln – nicht behandeln lassen

Nach diesem Motto leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden. Wir sind spezialisiert auf Probleme im öffentlichen Dienst – insbesondere auf Lehrergesundheit – und blicken auf 30 Jahre klinische Erfahrung zurück.

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont

Klinik für Psychosomatik

Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover
Chefarzt: Dr. med. Volker Malinowski

Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.
Kostenlose Service-Nummer:

0800 619-6666

Schwerpunktmäßig behandeln wir:

- Depressionen
- Ängste
- Burn-out-Symptomatik
- Nicht-organische Schlafstörungen
- Chronische Schmerzstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Zwangsstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt“ führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten und zu unterstützen.

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont
Bombergallee 10 · 31812 Bad Pyrmont
pyrmont-kontakt@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Holz statt Plastik!

Umweltfreundliche Alternativen fürs Büro und Zuhause mit dem WERKHAUS-Stecksystem



Gutschein 10%* EW42019



- Innovative Produkte
- Ökologischer Anspruch
- Soziale Verantwortung
- 100% made in Germany



* Gültig für eine Bestellung pro Endkunde/Haushalt · Nur einlösbar auf werkhaus.de/shop · Der Gutschein ist nicht mit weiteren Gutscheinen oder Rabattaktionen kombinierbar und gültig bis zum 31.05.2019. © Werkhaus Design und Produktion GmbH | Industriestraße 11 + 13 | 29389 Bad Bodenteich

8 Prozent mehr Geld in

// Massive Warnstreiks und zähe Verhandlungen haben unter dem Strich zu einem guten Tarifergebnis geführt. Für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten gibt es bis 2021 in drei Schritten 8 Prozent mehr Gehalt. Zusätzlich haben die Gewerkschaften Verbesserungen für angestellte Lehrkräfte sowie im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) durchgesetzt. //

„Mit eindrucksvollen Warnstreiks haben die Beschäftigten Bewegung in die Verhandlungen gebracht“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nach dem Tarifabschluss. „Am Ende steht ein Kompromiss. Die Gewerkschaften haben viele Forderungen durchgesetzt und so erreicht, dass der öffentliche Dienst für die Beschäftigten und insbesondere für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger attraktiver wird. An den Themen, bei denen wir gerne mehr erreicht hätten, bleiben wir dran.“

Während der Tarifverhandlungen mussten Gewerkschaften und Arbeitgeber viele verschiedene Themen unter einen Hut bringen.

Im Einzelnen: Rückwirkend zum 1. Januar 2019 steigen die Gehälter der Beschäftigten um durchschnittlich 3,2 Prozent (mindestens 3,01 Prozent), zum 1. Januar 2020 um weitere 3,2 Prozent (mindestens 3,12 Prozent) und zum 1. Januar 2021 noch einmal um 1,4 Prozent (mindestens 1,29 Prozent). In die Durchschnittswerte ist eingerechnet, dass es eine soziale Komponente gibt und die Stufe 1 in allen Entgeltgruppen überproportional steigt. Von diesem Mindestbetrag, der für 2019 100 Euro monatlich, für 2020 90 Euro monatlich und für 2021 50 Euro monatlich beträgt, profitieren die unteren Gehaltsgruppen überdurchschnittlich. Die Tarifparteien haben also Gehaltserhöhungen in drei Schritten vereinbart, die jeweils ein „Gesamtvolumen“ (in Prozent), einen Mindestbetrag sowie einen Prozentwert für die Erfahrungsstufe 1

umfassen: Dadurch, dass die Zuwächse aufeinander aufbauen, ergeben sich im Vergleich der Gehälter von Ende 2018 zum 1. Januar 2021 in den Stufen 2 bis 6 mindestens 7,59 Prozent Gehaltssteigerung oder mindestens 240 Euro mehr (je nachdem, was besser ist!). Die Werte der Stufe 1 liegen dann in allen Entgeltgruppen 10,96 Prozent höher als 2018 – im Schnitt steigen die Gehälter um 8 Prozent. Der Tarifvertrag läuft 33 Monate bis zum 30. September 2021. Im SuE der Länder wird die Bezahlung zum 1. Januar 2020 auf das Niveau im kommunalen Bereich angehoben. Die Angleichungszulage für 50.000 angestellte Lehrkräfte steigt um 75 auf 105 Euro im Monat.

GEW fordert Paralleltabelle

Die GEW hat in der Tarifrunde erneut die zügige Einführung der „Paralleltabelle“ gefordert – das ist eine verbesserte („parallele“) Zuordnung von Entgeltgruppen zu den Besoldungsgruppen, nach denen die Beamtinnen und Beamten bezahlt werden (s. E&W 1/2019, S. 16 f.). Die

Nach massiven Warnstreiks und hartem Poker verkündeten Gewerkschaften und Arbeitgeber in Potsdam zufrieden das ausgehandelte Tarifergebnis (v.l.n.r.): GdP-Vorsitzender Oliver Malchow, ver.di-Chef Frank Bsirske, GEW-Vorsitzende Marlis Tepe und der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD).



Foto: Kay Hirschmann

drei Schritten

Arbeitgeber waren erneut nicht bereit, diesen Weg bis zum Ende mitzugehen. Bereits 2015 hatten sie stattdessen eine „Angleichungszulage“ von 30 Euro monatlich ins Spiel gebracht, die schrittweise erhöht werden soll, um irgendwann die Paralleltabelle zu erreichen. Die Zulage wird nun rückwirkend zum 1. Januar 2019 um 75 auf 105 Euro erhöht. Davon profitieren angestellte Lehrkräfte in den Entgeltgruppen 9 bis 11. Mit einer Protokollerklärung zur Tarifeinigung hat die GEW zudem sichergestellt, dass jetzt zügig Tarifverhandlungen aufgenommen werden, um die Lehrkräfte-Entgeltordnung weiter zu entwickeln.

Was bekommt der SuE?

Rückwirkend um 1. Januar 2019 gibt es im SuE-Bereich die allgemeine Gehaltserhöhung. Zum 1. Januar 2020 werden die Gehälter dann auf das Niveau bei den Kommunen angehoben. Künftig gilt für den SuE im Tarifvertrag der Länder (TV-L) eine besondere Entgelttabelle (S-Tabelle). Diese bringt deutliche Einkommensverbesserungen für alle großen SuE-Beschäftigtengruppen. Für Fälle, in denen die bisherige Tabelle (vorübergehend) günstiger ist, zum Beispiel in manchen Eingangsstufen, gibt es Besitzstandsregelungen. Wenn die S-Tabelle eingeführt wird, werden ausgehend von den Tabellenwerten aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vom November 2018 die für 2019 und 2020 vereinbarten Erhöhungsschritte von jeweils 3,2 Prozent aufgeschlagen. Die Details der Überleitung in die S-Tabelle des TV-L und die Besitzstandsregelungen werden in den Redaktionsverhandlungen zum Tarifvertrag noch geklärt. Die Gewerkschaften hatten in dieser Tarifrunde die sogenannte „stufengleiche Höhergruppierung“ gefordert. Denn oft lohnt eine Höhergruppierung nur, wenn Beschäf-

tigte in der höheren Entgeltgruppe der gleichen Stufe zugeordnet werden, die sie in der bisherigen Entgeltgruppe erreicht haben. Aber auch in dieser Frage sind die Arbeitgeber stur geblieben. Sie waren lediglich bereit, die „Garantiebeiträge“ zu erhöhen. Durch diese wird zwar im Moment der Höhergruppierung sichergestellt, dass der Monatsverdienst mindestens in diesem Umfang steigt. Das wirkt aber nur bis zum nächsten Stufenaufstieg. Langfristig kann sich eine Höhergruppierung weiterhin nachteilig auswirken. So steigen die Garantiebeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019:

- in den Entgeltgruppen 9 bis 15 auf 180 Euro im Monat,
- in den Entgeltgruppen 1 bis 8 auf 100 Euro im Monat.

Die Mehrkosten, die sich etwa aus den Verbesserungen für Lehrkräfte, den SuE sowie den Pflege- und Krankenpflegebereich ergeben, fallen für die Bundesländer und einzelne Arbeitgeber sehr unterschiedlich aus. Deshalb machten die Arbeitgeber eine „Teilkompensation“ ihrer Ausgaben zur Bedingung für den Tarifabschluss. Folge dieses Vorstoßes: Die Jahressonderzahlung wird auf der Höhe von 2018 für vier Jahre „eingefroren“. Allerdings wird deren Wert im Tarifgebiet Ost vorher noch auf das Niveau im Westen angehoben.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der
„Erziehung und Wissenschaft“

Alle Infos zur Tarifrunde finden Sie auf der **GEW-Website** unter www.gew.de/troed2019 sowie in den sozialen Medien: www.facebook.com/GEW, [DieBildungsgewerkschaft, twitter.com/gew_bund](https://www.twitter.com/gew_bund) und www.youtube.com/GEWHauptvorstand

GERADLINIGKEIT, VON UNS GERETTET.

Revolutionäre Ideen können sich auch in der Architektur widerspiegeln – ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Bauhaus. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich darum auch für den Erhalt zahlreicher Meisterwerke der Bauhaus-Schule ein.



Bildnachweis: © Florian Monheim – Bildarchiv Monheim

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Auf die Plätze, fertig, Wasser!



Jetzt organisieren!
www.arche-nova.org/spendenlauf
Checkliste zum Runterladen

Spendenlauf an Ihrer Schule mit **arche noVa** für **Wasserprojekte weltweit!**



arche noVa
Initiative für Menschen in Not

DANIEL MERBITZ



Foto: Kay Henschelmann

Licht und Schatten

Die drei tollen Tage (und Nächte) von Potsdam, von Weiberfastnacht bis Faschingssamstag – so kann man den Verhandlungsmarathon zusammenfassen. Am Ende stand ein beachtliches Ergebnis: Für alle im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten gibt es kräftige Reallohnsteigerungen, für viele Lehrkräfte eine deutlich höhere Angleichungszulage, für den Sozial- und Erziehungsdienst endlich die Aufwertung auf das Niveau im Kommunalbereich.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Die GEW hat die Forderung nach der vollständigen Einführung der Paralleltabelle nicht durchgesetzt, und die Gewerkschaften konnten neben der langen Laufzeit des Tarifvertrags nicht verhindern, dass die Jahressonderzahlung vier Jahre lang eingefroren wird. Gewerkschaftliche Tarifforderungen werden eben leider nicht eins zu eins umgesetzt. Die Kunst des Kompromisses ist in solchen Stunden gefordert. Denn es waren nicht allein die Gewerkschaften, die mit Forderungen in die Tarifrunde gegangen sind. Auch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte ihre Wünsche: Die Arbeitgeber wollten Veränderungen an der Definition des Arbeitsvorganges durchsetzen. Damit wäre es an die Grundfesten der Eingruppierungsarchitektur gegangen. Allein schon dieses abzuwehren, wäre eines Erzwingungsstreikes würdig gewesen. Doch so weit musste es nicht kommen, denn beide Seiten haben sich darauf verständigt, zu diesem Thema erst einmal Gespräche zu führen: nach der Tarifrunde.

Die Warnstreiks waren eindrucksvoll, und die Beteiligung lag weit über der vor zwei Jahren. Doch wie wird es langfristig um die Streikfähigkeit im Länderbereich bestellt sein? In immer mehr Bundesländern werden junge Lehrkräfte verbeamtet, nunmehr auch in Sachsen. Das Bundesverfassungsgericht hat das Beamtenstreikverbot mit seinem Urteil im Juni 2018 zementiert. Eine Tarif-

und Besoldungsrunde, in der eine Statusgruppe, nämlich die der Beamtinnen und Beamten, weiterhin nicht streiken darf, und dies bei steigenden Beschäftigungszahlen in diesem Segment, ist eine Herausforderung. Deshalb bleibt es derzeit bei der strategisch schwierigen Situation: Tarifbeschäftigte streiken, verbeamtete Lehrkräfte dürfen nicht. Auch die Übertragung des Tarifergebnisses in die Landesbesoldungsgesetze ist kein Selbstläufer.

Zudem müssen wir uns Gedanken machen, wie wir mit Forderungen umgehen, die wir seit Jahren – manche seit einer Dekade – erheben, und die nicht erfüllt werden. Beharrlich bleiben, weiter nerven oder abhaken? Dies müssen wir ehrlich diskutieren.

Das Tarifergebnis ist vorzeigbar. Kein Grund für Aschermittwochstimmung. Dies wäre alles nicht möglich gewesen ohne die vielen tollen Wochen von Arkona bis zur Zugspitze, von Zittau bis Aachen. Trillerpfeifen, rot-weiße Westen, Fahnenmeere. Wir haben gefroren im Februar, haben auch mal die Sonne gespürt, manchmal den Wind im Gesicht und vor allem unsere Stärke und Solidarität. Ohne Bewegung an der Basis keine Bewegung am Verhandlungstisch. Manchmal sind die Wahrheiten profan. Unseren Kolleginnen und Kollegen von der Kita über die Schulen bis zu den Hochschulen ist es nicht egal, sie mischen sich ein, sie arbeiten ehrenamtlich im Kreisverband, im Personalrat, als Vertrauensleute. Und wir müssen mehr werden. Es geht auch darum, mit Freude und Selbstbewusstsein zu sagen: „Ich bin Gewerkschafterin, ich bin Gewerkschafter“, damit wir auch in Zukunft gute Tarifabschlüsse erreichen, von denen alle Beschäftigten profitieren.

Daniel Merbitz,
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

„Integration von vorgestern“

// Vor zehn Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kraft. Der Begriff „Inklusion“ ist seither in aller Munde. Doch Reinald Eichholz, Jurist und ehemaliger Kinderbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, sagt: In Schulen wie auf dem Arbeitsmarkt habe sich viel zu wenig getan. //

E&W: Vor rund zwei Jahren haben Sie auf dem GEW-Bundeskongress „Eine Schule für alle“ gesagt: „Bisher gibt es kaum inklusive Schulen, die diesen Namen verdienen.“ Fällt Ihr Urteil inzwischen positiver aus?

Reinald Eichholz: Es war von Anfang an klar, dass die UN-BRK nicht über Nacht umgesetzt werden kann. Trotzdem blei-

be ich dabei: Es gibt nur sehr wenige Schulen in Deutschland, die wirklich inklusiv arbeiten.

E&W: Nach jüngsten Zahlen der Bertelsmann Stiftung kommt Inklusion allerdings voran: Die Exklusionsquote ist in den vergangenen zehn Jahren gesunken, vor allem im Förderschwerpunkt Lernen. Das bedeutet, dass immer mehr Kinder mit Förderbedarf eine Regelschule besuchen.

Eichholz: Das stimmt. Trotzdem sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen kaum. Das liegt daran, dass an den Regelschulen mehr Kinder mit Förderbedarf diagnostiziert werden als früher. Denn an der Diagnose hängt die Zuteilung der Ressourcen. Außerdem sagt die offizielle Statistik nichts über die Qualität inklusiver Bildung in Deutschland aus. Bedauernd ist auch, dass Inklusion als gesamtgesell-

„Inklusion ist als gesamtgesellschaftliches Thema kaum im Blick.“

Reinald Eichholz

schaftliches Thema kaum im Blick ist. Inklusion in Deutschland, wie sie zurzeit betrieben wird, ist Integration von vorgestern. Es geht immer nur um Kinder mit Behinderungen, die an den Regelschulen mitunterrichtet werden sollen.

E&W: Liegt der Fokus denn nicht genau darauf?

Eichholz: Natürlich ist der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und

>>>

STAMM Verlag
E&W
Verlagsreisen

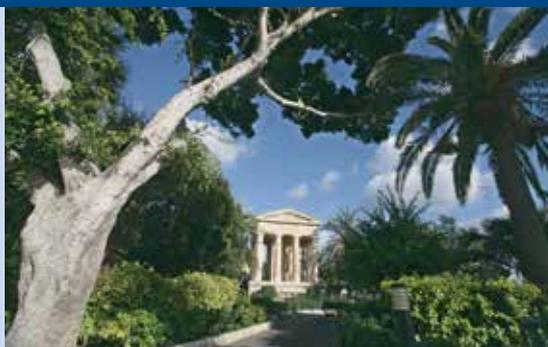
Malta

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugreise - diverse Termine von Mai bis Oktober 2019



DURCHFÜHRUNGS-
GARANTIE



ab € 975,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 158,- p. P.

Kulturelle Schätze, malerische Fischerdörfer, wunderschöne Naturlandschaften und tiefblaues Meer – Malta begeistert seine Besucher! Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte“ Vittoriosa, Senglea und Cospicua und besuchen Sie die historische Stadt Mdina mit ihrer außergewöhnlichen Mischung aus mittelalterlicher und barocker Architektur. Unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u. a. die malerischen Buchten von Xlendi und Marsalforn und die Tempelanlage Ggantija auf dem Programm.

Das beinhaltet unsere Reise

- > Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
- > Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- > Flughafenassistenten bei Ankunft/ Abflug Malta
- > 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel
- > 7 x Frühstücks-Büfett
- > Halbtagesausflug Mdina, Rabat und Mosta inkl. Mdina Kathedrale und Museum
- > Ganztagesausflug Cottonera und Valletta inkl. St. Johns Kathedrale und Malta Experience
- > Ganztagesausflug Gozo inkl. Ggantija Tempel

- > Ganztagesausflug Gozo inkl. Ggantija Tempel
- > Ganztagesausflug Süden der Insel inkl. Blaue Grotte und Marsaxlokk
- > qualifizierte deutschsprachige Reiseführung während der Ausflüge
- > deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Abflughäfen

- | | |
|--------------|--------------|
| > MUC | > FRA + 20,- |
| > VIE + 10,- | > TXL + 20,- |
| > DUS + 15,- | > HAM + 20,- |
| > LEJ + 15,- | > ZRH + 20,- |

Reiseverlauf, Reiseternine, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsjmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld



Foto: privat

Reinald Eichholz

>>> Schülern mit und ohne Beeinträchtigung wichtig und Schule mit einer gewissen Berechtigung im Fokus. Aber Inklusion meint doch viel mehr, sie meint Teilhabe überall und für alle. Da geht es eben nicht nur um Schülerinnen und Schüler mit einem sogenannten Förderbedarf. Sondern es muss auch darum gehen, wie wir unseren Arbeitsmarkt oder unsere Freizeit gestalten – oder wie wir mit Flüchtlingen umgehen.

E&W: Bleiben wir noch einen Moment bei den Schulen: Zum Start der UN-BRK 2009 gab es viel Zustimmung von Lehrkräften. Mittlerweile äußern sich immer mehr kritisch oder resigniert über Inklusion. Bleibt die Umsetzung der Konvention auf der Strecke?

Eichholz: Der gute Wille der Lehrerinnen und Lehrer ist sehr enttäuscht worden. Die Bedingungen, unter denen Inklusion umgesetzt wird, sind absolut unzureichend. Es reicht nicht, wenn etwa ein Land wie Bremen die Förderschulen abschafft, aber die Regelschulen nicht ausreichend ausstattet. Es ist klar, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen dann überfordert fühlen. Aber wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen und sagen: „All das spricht gegen Inklusion.“ Es spricht nur gegen das, was die Politik daraus gemacht hat, nämlich ein Sparmodell.

E&W: Die Bundesländer haben Aktionspläne erarbeitet und teils Millionensummen in die Inklusion investiert. Das klingt nicht nach Sparmodell.

„Es reicht nicht, wenn etwa ein Land wie Bremen die Förderschulen abschafft, aber die Regelschulen nicht ausreichend ausstattet.“

Reinald Eichholz

Eichholz: Doch. Wenn man die Ausstattung an den Regelschulen mit den Rahmenbedingungen der Förderschulen vergleicht, dann ist es sehr wohl ein Sparmodell. Wenn Inklusion an der Regelschule funktionieren soll, dann braucht man auch dort kleinere Klassen, eine Lehrer-Doppelbesetzung und deutlich mehr Sachressourcen. Sonst ist eine individuelle Förderung aller Kinder, und um die geht es, nicht möglich.

E&W: Vielen Eltern hat die UN-BRK den Rücken gestärkt. Sie können nun entscheiden, ob ihr Kind auf eine Förder- oder eine Regelschule gehen soll. Ist das kein Fortschritt?

Eichholz: Die Eltern müssen entscheiden zwischen einer gut ausgestatteten, aber nicht inklusiven Förderschule und einer Regelschule, die sich inklusiv nennt, aber keine guten Bedingungen für das gemeinsame Lernen bietet. Das ist kein Wahlrecht, sondern ein Qualrecht.

E&W: Wenn Ihr Inklusionsfazit für die Schulen schon so schlecht ausfällt: Wie lautet Ihr Urteil für den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt?

Eichholz: Schule ist ein System, das der Staat grundsätzlich im Sinne der Inklusion formen kann – auch wenn er das zurzeit nur unzureichend tut. Die Arbeitswelt lässt sich demgegenüber deutlich weniger regulieren. Man ist auf den guten Willen von Unternehmerinnen und Unternehmern angewiesen. Leider kaufen sich Firmen lieber von ihrer Verantwortung frei, indem sie die Schwerbehindertenabgabe zahlen, anstatt Menschen mit Behinderung einzustellen.

E&W: Allerdings ist die Arbeitslosenquote unter Menschen mit schweren Behinderungen in den vergangenen Jahren gesunken. Liegt das nur an der guten Konjunktur?

Eichholz: Ich will nicht zu sehr schwarzmalen. Es liegt nicht nur an der relativ guten wirtschaftlichen Lage. Eine zunehmende Zahl engagierter Firmeninhaberinnen und -inhaber ist durchaus bereit, sich der Inklusion zu stellen und erprobt innovative Arbeitsmodelle. Das zeigt, dass die Debatte über Inklusion etwas bewirkt. Sie kann das gesellschaftliche Klima langfristig verändern. Aber zusätzlich muss der Staat eingreifen, wo er es kann – indem er zum Beispiel die Schwerbehindertenabgabe erhöht. Es macht für Firmen einen Unterschied, ob sie maximal 320 Euro wie bisher oder 1.000 Euro zahlen müssen.

Interview: Katja Irlle, freie Journalistin



Mitdiskutieren
www.gew.de/
EundW

Barrieren bleiben

// Wie steht es um die Hochschule für alle? Zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) müssen viele Studierende mit Beeinträchtigungen weiterhin darum kämpfen, gleichberechtigt zu studieren. //

Diese Woche war eine gute Woche für Felix Brandt*. „Ich habe nicht gefehlt, das ist ein Anfang.“ Der 26-jährige Student leidet seit seinem 18. Lebensjahr unter Depressionen. Drei bis vier Mal im Jahr „falle ich aus allem raus“, sagt Brandt. Dann könne er kaum sein Zimmer verlassen, stecke für mehrere Wochen in einem Loch, das ein „Funktionieren“ unmöglich macht. In der vergangenen Woche konnte er an vier Tagen die anstehende Hausarbeit nicht bearbeiten und fehlte beim Studentenjob. „Heute mache ich mir aber nicht mehr so einen Stress.“ Das liege auch an der Hochschule, an der Brandt nach zwei Wechseln studiert: „Davor war es immer ein Kampf. Und Kämpfen, das kann ich in solchen Phasen am wenigsten“, erzählt Brandt.

Dass Menschen mit Behinderungen oder chronischen und psychischen Erkrankungen gleichberechtigt studieren können, ist auch zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK alles andere als selbstverständlich. 11 Prozent der Studierenden haben laut Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) eine das Studium erschwerende Beeinträchtigung, das sind mehr als 300.000 Studierende. Fast zwei Drittel von ihnen müssen laut der im Herbst 2018 veröffentlichten „beeinträchtigt studieren – best2“-Studie** erhebliche Schwierigkeiten in Kauf nehmen. Das DSW und das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) befragten für die Studie rund 20.000 Studierende mit Beeinträchtigungen.

Bis Menschen mit Behinderungen, chronischen oder psychischen Erkrankungen gleichberechtigt studieren können, ist es noch ein weiter Weg. Nachteilsausgleiche gibt es kaum.

Mehr als die Hälfte gaben psychische Erkrankungen, 26 Prozent chronische Erkrankungen, 10 Prozent eine motorische oder Sinnesbehinderung und 4 Prozent eine Teilleistungsstörung wie Legasthenie als studienerschwerend an.

Vielfältige Bedürfnisse

Um mit den gleichen Chancen studieren zu können, braucht diese sehr heterogene Gruppe ganz Unterschiedliches: Der barrierefreie Zugang zu Hochschulgebäuden erscheint am selbstverständlichsten. Aber noch im Jahr 2009 konnten Elektrorollstühle in der neu eröffneten Bibliothek der Berliner Humboldt-Universität vor den Aufzügen nicht wenden. Handläufe in den Treppenhäusern fehlten, ein durchgängiges Blindenleitsystem ebenso. Für viel Geld wurde nachgebessert, 2013 erhielt das Gebäude den Access City Award für Barrierefreiheit. Im Bereich Neubau dürfte man inzwischen sensibilisiert sein, aber in der traditionsreichen deutschen Hochschullandschaft gibt es auch im Jahr 2019 noch Aulen, Bibliotheken, Hörsäle und Seminarräume, die nicht für alle Menschen zu erreichen sind. In der best2-Studie gab jeder Vierte, der auf bauliche Barrierefreiheit angewiesen ist, an, dass es schwierig sei, in Hochschulräume zu kommen. Vor allem für Studierende mit Sinnesbehinderung müssen Unterlagen und Onlineangebote barrierefrei verfügbar sein.

Der technische Fortschritt bietet dafür beste Voraussetzungen. Doch Christiane Schindler, Leiterin der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) des DSW, sieht die Umsetzung kritisch: „Die Diskussion um die Digitalisierung der Hochschullehre blendet das Thema Barrierefreiheit bislang fast vollständig aus.“ Wenn Lehrinhalte die Studierenden erreichen sollen, sind auch die Lehrenden gefragt: Stimmt die Lesbarkeit der Präsentationen, werden in Vorlesungen und Seminaren Mikrofone verwendet? Dafür braucht es entsprechendes Bewusstsein und Wissen. Bisher gebe es aber nur vereinzelt Angebote zur Fortbildung, so Schindler. Ein gutes Beispiel ist das Projekt „Inklusive Hochschullehre“ aus Mecklenburg-Vorpommern, bei dem die Hochschulen 2018 mit Un- >>>



Foto: imago



Foto: Alexander May

Behindertengerechte Architektur: das durchgängige Blindenleitsystem im Foyer des Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrums der Humboldt-Universität zu Berlin

>>> terstützung der Landesregierung den Leitfaden „Lehre barrierefrei gestalten“ entwickelten und Workshops für Lehrende veranstalteten.

Es sind nicht so viele Studierende, die auf Studienassistenten, Gebärdensprachdolmetschen oder technische Hilfsmittel angewiesen sind. Aber ein Studium ist ihnen häufig nur mit diesen Eingliederungshilfen überhaupt möglich. Bislang unterstützen die Sozialhilfeträger in der Regel nur das Bachelorstudium – und das auch nur, wenn die Studierenden keine Berufsausbildung haben. Für den Master wird die Finanzierung von Eingliederungshilfen regelmäßig verwehrt. Mit der dritten Stufe des Bundesteilhabegesetzes, die 2020 in Kraft tritt, soll sich das ändern. Unterstützungsleistungen etwa für Promotionen oder Auslandsaufenthalte werden aber weiterhin nur „in begründeten Einzelfällen“ gewährt.

Schon 2009 stellte die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die Risiken des Bologna-Prozesses für die Inklusion heraus: Im neuen System könne die große Gruppe der chronisch und psychisch Erkrankten ihre Studienbeeinträchtigungen nicht länger selbstständig kompensieren. Die best2-Studie bestätigt diese Befürchtungen: Leistungsvorgaben und Anwesenheitspflicht gaben die Befragten als größte Schwierigkeiten an. Die Prüfungsordnung sieht hier Nachteilsausgleiche wie die Anpassung der Prüfungsbedingungen und Abgabefristen vor. Laut best2 fordert aber gerade die

besonders betroffene Gruppe der psychisch oder chronisch Erkrankten Nachteilsausgleiche kaum ein – etwa weil der Anspruch unklar, die Hemmung zu groß sei. Nicht ganz zu Unrecht: Nachteilsausgleiche für Studierende mit psychischen und chronischen Erkrankungen würden neuerdings systematisch abgelehnt, so Schindler. Und auch bei der Beratung der Studierenden mit Beeinträchtigungen seien die Einrichtungen ganz unterschiedlich aufgestellt: „Es gibt Hochschulen, da wird eine Lehrende gerade mal eine Wochenstunde für Beratung freigestellt.“

Angst vor Stigmatisierung

Auch Brandt, der Student mit Depressionen, hat sich aus Angst vor Stigmatisierung selten offenbart. Als er sein erstes Studium begann, Volkswirtschaft an einer Hochschule in Süddeutschland, glaubte er noch, mit den anderen mithalten zu können. Aber die Depression reagierte empfindlich auf Druck. Der ließ sich auch nach einem Wechsel von Stadt und Studienfach nicht nach: das Dogma der Regelstudienzeit, die vollgepackten Prüfungszeiten, Abgabefristen, Gruppenarbeiten. Wenn er sich nach einer depressiven Episode entschuldigte, hieß es nicht selten: „Sie waren halt nicht da, das gibt eine Fünf.“ Nach sechs Jahren Studium war das BAföG ausgelaufen, und Brandt hatte den Anschluss völlig verloren. Damit ist er kein Einzelfall: Laut best2-Studie unterbrechen Studierende mit Beeinträchtigungen deutlich häufiger und länger ihr Studium. Gut ein Drittel der Befragten hat schon einmal den Studiengang gewechselt. Auch Schindler macht deutlich: „Die Verantwortung für den Ausgleich der Beeinträchtigung liegt immer noch bei den Studierenden selbst.“ Um von einer individuellen hin zu einer institutionellen Verantwortung zu kommen, wie es der Begriff der Inklusion verlangt, braucht es einen grundlegenden Wandel des Selbstverständnisses der Hochschulen. Die Aktionspläne, die ein Teil von ihnen inzwischen aufgestellt hat, sind dabei wegweisend. Doch die Hochschulen verweisen auch auf begrenzte Ressourcen: „Der rasante Anstieg der Studierendenzahlen war und ist eine enorme Herausforderung“, sagt HRK-Präsident Prof. Peter-André Alt. Mit den am unteren Ende kalkulierten Kosten pro zusätzlichem Studienplatz könne man der gewachsenen Zahl der Studierenden mit Beeinträchtigungen aus eigener Kraft kaum gerecht werden. Auch die GEW betont die zentrale Bedeutung einer individuellen Betreuung und Unterstützung der Studierenden mit Beeinträchtigungen. „Bei Betreuungsrelationen von einem Professor oder einer Professorin zu 62 Studierenden an den Universitäten ist das sehr schwierig“, sagt Andreas Keller, im Vorstand der GEW verantwortlich für Hochschule und Forschung. Brandt stimmt heute vor allem die Willkommenskultur an seiner nunmehr dritten Hochschule zuversichtlich. Gleich in der ersten Woche bot die Beratungsstelle Unterstützung an. „Und zum ersten Mal hat mich eine Professorin nach einer Fehlzeit gefragt, ob alles in Ordnung sei – nicht, um Druck auszuüben, sondern aus Unterstützungswillen.“ In seinem Studentenjob berät Brandt heute andere Studierende in Überforderungssituationen. Ob er sein eigenes Studium dieses Mal beenden wird? Dem 26-Jährigen fällt es das erste Mal leicht, daran zu glauben.

Manuela Heim, taz-Redakteurin

Manuela Heim, taz-Redakteurin

*Name geändert
**<http://best-umfrage.de/endbericht-best2>



Bildungs- und Förderungswerk
der GEW im DGB e.V.

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2017



Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Zu versichernde Person

Name / Vorname		PLZ / Wohnort	
Straße / Hausnummer		Geburtsdatum	
Versicherungsbeginn		E-Mail Adresse	
Telefonnummer für Rückfragen		Bitte kreuzen Sie an: <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	

Bitte ankreuzen:

Mitglied
Mitgliedsnummer: _____

Familienangehörige/r
Staatsangehörigkeit: _____

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

<input type="checkbox"/> 4.000	Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
<input type="checkbox"/> 6.000		
<input type="checkbox"/> 8.000		
<input type="checkbox"/> 10.000		
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag		0,05
Lastschriftbetrag	

Ich wähle folgende sonstige Summe bis max. 12.500 Euro:
Euro(Mindestsumme 500,- Euro)

SEPA-Lastschriftmandat (bitte in jedem Fall ausfüllen)

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeldversicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Zahlungsempfänger	Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)
Gläubiger	Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
Gläubiger-Identifikationsnummer	DE12ZZZ00000013915
Mandatsreferenz	wird gesondert mitgeteilt
Zahlungspflichtiger	
Kontoinhaber (Vorname, Nachname)	_____
Kreditinstitut	_____
IBAN	DE _____
Ort, Datum	_____

Unterschrift
X

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchst Eintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat: Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnerische 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die vom Versicherer laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Zins- und Grundüberschussanteilen weitergegeben. Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt. Die Grundüberschussanteile werden – je nach Vertragsgestaltung – entweder ebenfalls verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt oder mit den zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet.

Zuwendungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile – entgegen dem Vorstehenden – dem BFW der GEW laufend zugewendet werden. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zugute. Der BFW der GEW verwendet die Beträge zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel). Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Diese Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Sie geben mit Unterzeichnung dieser Beitrittserklärung die auf der Rückseite abgedruckte "Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung" ab. Nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis. Sie umfasst:

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN
- 1.1. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern
2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten
- 2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes
3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN
- 3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung sowie Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum	Unterschrift der zu versichernden Person
X	X

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 5 8 6 6 1		4 7		0 1 2 0 1 9

Widerrufsrecht Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtenbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragesgesetzes, der EU-Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittsklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtenbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtenbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen. Es steht Ihnen frei, die Einwilligung/Schweigepflichtenbindung nicht abzugeben oder jederzeit später mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf ist zu richten an: **DBV-ZN, Abt. LVB-WIS-VG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden oder per E-Mail an Verbandsversicherung@dbv.de.**

Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN

Ich willige ein, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittsklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilsbedingungen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilsbedingungen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

Ich willige ein in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden. Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtenbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich ein** in die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.

Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.

Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtenbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an die und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

Informationen zur Verwendung Ihrer Daten

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Kunden-, Partner- und Prozess-Service, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0221/148 41003, E-Mail: service@dbv.de - Unseren **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie per Post unter den oben angegebenen Daten mit dem Zusatz – Datenschutzbeauftragter – oder per E-Mail unter: Datenschutz@axa.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragesgesetzes (VVG), sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren. Diese können Sie im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz abrufen. Stellen Sie einen Antrag auf Versicherungsschutz, benötigen wir die von Ihnen hierbei gemachten Angaben für den Abschluss des Vertrages und zur Einschätzung des von uns zu übernehmenden Risikos. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, z.B. zur Policing oder Rechnungsstellung.

Der Abschluss bzw. die Durchführung des Versicherungsvertrages ist ohne die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht möglich.

Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z. B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtlicher Vorgaben. Die Daten aller mit einer AXA-Gesellschaft bestehenden Verträge nutzen wir für eine Betrachtung der gesamten Kundenbeziehung, beispielsweise zur Beratung hinsichtlich einer Vertragsanpassung, -ergänzung, für Kulanzentscheidungen oder für umfassende Auskunftserteilungen. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung personenbezogener Daten für vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 j) DSGVO i. V. m. § 27 BDSG.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um berechtigte Interessen von uns oder von Dritten zu wahren (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Dies kann insbesondere erforderlich sein:

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs einschließlich Tests (sofern nicht bereits für die Vertragsdurchführung erforderlich),
- zur Werbung für unsere eigenen Versicherungsprodukte und für andere Produkte der Unternehmen der AXA-Gruppe und deren Kooperationspartner sowie für Markt- und Meinungsumfragen,
- zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere nutzen wir Datenanalysen zur Erkennung von Hinweisen, die auf Versicherungsmissbrauch hindeuten können,
- zur Risikosteuerung innerhalb des Unternehmens sowie des AXA Konzerns insgesamt,
- zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Prozessen, Dienstleistungen und Produkten.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen wie z.B. aufsichtlicher Vorgaben, handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten oder unserer Beratungspflicht. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO. Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber u.a. auf unserer Webseite (www.dbv.de/Datenschutz) zuvor informieren.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Datenverarbeitung in der Unternehmensgruppe:

Spezialisierte Unternehmen bzw. Bereiche unserer Unternehmensgruppe nehmen bestimmte Datenverarbeitungsaufgaben für die in der Gruppe verbundenen Unternehmen zentral wahr. Soweit ein Versicherungsvertrag zwischen Ihnen und einem oder mehreren Unternehmen unserer Gruppe besteht, können Ihre Daten etwa zur zentralen Verwaltung von Anschriftendaten, für den telefonischen Kundenservice, zur Vertrags- und Leistungsbearbeitung, für In- und Exkasso oder zur gemeinsamen Postbearbeitung zentral durch ein Unternehmen der Gruppe verarbeitet werden. In unserer Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen.

Externe Auftragnehmer und Dienstleister:

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil externer Auftragnehmer und Dienstleister. Eine Auflistung der von uns eingesetzten Auftragnehmer und Dienstleister, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen, können Sie der Übersicht im Anhang sowie in der jeweils aktuellen Version auf unserer Internetseite unter www.dbv.de/datenschutz entnehmen.

Weitere Empfänger:

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger übermitteln, wie etwa an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten (z. B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden oder Strafverfolgungsbehörden).

Dauer der Datenspeicherung

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Dabei kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen unser Unternehmen geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei oder bis zu dreißig Jahren). Zudem speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Entsprechende Nachweis- und Aufbewahrungspflichten ergeben sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre.

Betroffenenrechte

Sie können unter den oben genannten Daten Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung zu widersprechen. Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen.

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts. **Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.** Eine Durchschrift der Beitrittsklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt. Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Soweit Vorteilsbedingungen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte. Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn - Internet: www.bafin.de. Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Achtung

Bei der Beantragung einer Erhöhungsversicherungssumme wird ein zusätzlicher Versicherungsschein ausfertigt.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung
Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft Köln (HR B Nr. 271) - Ust.-Ident.-Nr.: DE 122786679

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Antimo Perretta
Vorstand: Dr. Alexander Vollert (Vors.), Kai Kuklinski, Dr. Nils Kaschner,
Dr. Stefan Lemke, Dr. Thilo Schumacher, Dr. Klaus Endres

Anschrift:
Gustav-Stresemann-Ring 12-16
65189 Wiesbaden



Tarif VG9/2017

Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen

Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).

Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 2 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Eintrittsalter	Bruttobeitrag monatlich
15	0,80 €
16	0,81 €
17	0,83 €
18	0,84 €
19	0,86 €
20	0,87 €
21	0,89 €
22	0,90 €
23	0,92 €
24	0,93 €
25	0,95 €
26	0,97 €
27	0,99 €
28	1,01 €
29	1,03 €
30	1,05 €
31	1,07 €
32	1,10 €
33	1,12 €
34	1,15 €
35	1,18 €
36	1,20 €
37	1,23 €
38	1,27 €
39	1,30 €
40	1,33 €
41	1,37 €
42	1,41 €
43	1,45 €
44	1,49 €
45	1,53 €
46	1,58 €
47	1,63 €

Eintrittsalter	Bruttobeitrag monatlich
48	1,68 €
49	1,74 €
50	1,80 €
51	1,86 €
52	1,93 €
53	2,00 €
54	2,07 €
55	2,15 €
56	2,23 €
57	2,32 €
58	2,42 €
59	2,52 €
60	2,63 €
61	2,75 €
62	2,87 €
63	3,01 €
64	3,16 €
65	3,33 €
66	3,50 €
67	3,70 €
68	3,91 €
69	4,15 €
70	4,42 €
71	4,71 €
72	5,04 €
73	5,41 €
74	5,83 €
75	6,29 €
76	6,87 €
77	7,56 €
78	8,42 €
79	9,52 €
80	10,98 €



Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Stand 21.11.2017

Konzerngesellschaften, die an einer gemeinsamen Verarbeitung von Daten innerhalb der Unternehmensgruppe teilnehmen:

- | | | |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - AXA ART Versicherung AG - AXA Bank AG - AXA Customer Care GmbH - AXA easy Versicherung AG - AXA Konzern AG - AXA Krankenversicherung AG - AXA Lebensversicherung AG - Deutsche Ärzteversicherung AG - AXA Service & Direct Solutions GmbH | <ul style="list-style-type: none"> - AXA MATRIX Risk Consultants Deutschland, ZN der AXA Matrix Risk Consultants S.A., Paris - AXA Versicherung AG - clerita GmbH - DBV Deutsche Beamtenversicherung, ZN der AXA Lebensversicherung AG - ZN der AXA Versicherung AG - Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG | <ul style="list-style-type: none"> - AXA Direktberatung GmbH - E.C.A. LEUE GmbH + Co.KG - Helmsauer & Preuss GmbH - INREKA Finanz AG - Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung - Pro bAV Pensionskasse AG - winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH |
|---|--|---|

Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten
Alle Konzerngesellschaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungs- und Regressbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions S.A. einschl. Ndl. Deutschland	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistik & Service GmbH	Post-, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst, Kundenbetreuung	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GIE AXA	Hosting, Datenselektionen	nein
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern u. Dienstleistern	nein
	AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber
AXA Krankenversicherung AG	ViaMed GmbH	Leistungsprüfung	ja
	ROLAND Assistance GmbH, Medical Contact AG, Sanvartis GmbH	Diseasemanagement	ja ¹
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja ¹
	unternehmen online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
AXA Lebensversicherung AG/ DBV Deutsche Beamten-Versicherung Lebensversicherung, ZN der AXA Lebensversicherung AG	AXA Bank AG	Depotverwaltung für Fondspolizen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags-/Leistungsbearbeitung (Zahlungssystem ERGO und Münchner Rück)	ja
	unternehmen Online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
AXA Versicherung AG/ AXA easy Versicherung AG/ DBV Deutsche Beamtenversicherung, ZN der AXA Versicherung AG	SP Consult AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung, Bestandsverwaltung	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement, Durchführung KFZ-Versicherungen für Kreditkarteninhaber, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung für Mietwagen-KFZ-versicherungen, Handwerker- und Dienstleisternetz, Anlage Neuschäden	ja ¹
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja ¹
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Auskünfte	ja ¹
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
	Öconsult Assekuranzberatung OHG	Regressprüfung	ja

Dienstleisterkategorien, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist und/oder Dienstleistungserbringung erfolgt durch viele verschiedene Dienstleister

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleisterkategorie	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten	
Alle Konzerngesellschaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein	
	Gutachter/ med. Experten/Berater	Antrags-/ Leistungs-/ Regressprüfung/Beratung	zum Teil ¹	
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil ¹	
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung, Kundenzufriedenheitsanalyse	nein	
	Marketingagenturen/ -provider	Marketingaktionen	nein	
	Lettershops/ Druckereien	Postsendungen/ Newsletter (E-Mail)	ja	
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja	
	IT-Dienstleister	Wartung/Betrieb/Entwicklung Systeme/Anwendungen/Onlineservices	ja	
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja	
	Inkassounternehmen/Auskunfteien	Forderungsbearbeitung, Existenznachweis	nein	
	Rückversicherer	Monitoring	ja	
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja	
	Routenplaner	Schadenbearbeitung/ Terminplanung	nein	
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja	
	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft (techn. Versicherungen)	nein	
	Vermittler	Antrags-, Leistungs- u. Schadenbearbeitung, Beratung	zum Teil ¹	
	Telefonischer Kundendienst	Temporärer Kundendienst in bes. Geschäftsprozessen, Kundenbetreuung	ja	
	AXA Krankenversicherung AG	Heil-/ Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter www.AXA.de/Datenschutz einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

¹ ggf. mit separater Einwilligung

Der aktuelle Bauboom an Hochschulen täuscht darüber hinweg, dass für Sanierung und Neubau Milliarden fehlen.

Foto: mauritius images

Hochschulbau in der Krise



// Bis zu 50 Milliarden Euro fehlen Unis und Fachhochschulen für die Bauunterhaltung. Ab 2020 könnte die Lücke noch größer werden. //

Stillstand an Unis und Fachhochschulen? Davon würden zumindest die Bauabteilungen der Hochschulen wohl kaum reden. So soll etwa in Berlin auf einem 11.800 Quadratmeter großen Areal ein Campus für Bio- und Medizintechnologie entstehen, gemeinsam entwickelt von der Charité-Universitätmedizin und der TU Berlin. Es geht um Investitionen in Höhe von 34 Millionen Euro. Gebaut wird auch in Bayreuth: Hier entsteht der Medizincampus Oberfranken. Projektpartner sind unter anderem die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und die Uni Bayreuth. Ab 2021, so der Plan, werden jährlich 100 Medizinstudierende ihren klinischen Studienabschnitt hier absolvieren.

Schon weiter ist man in Homburg im Saarland: Hier wurde nach sechs Jahren Bauzeit und mit einem Budget von 157 Millionen Euro ein neues, modernes Gebäude für das Universitätsklinikum eröffnet. Der Neubau vereint Krankenversorgung, Forschung und Lehre unter einem Dach und sei „eine der zentralen Zukunftsinvestitionen in Homburg“, sagt Roger Motsch, Sprecher des Universitätsklinikums.

Endlose Liste

Bremen und Hannover, Kiel und Kaiserslautern, Karlsruhe und München: Die Liste aktueller Hochschulbauvorhaben ließe sich fast endlos fortsetzen. Allein der Wissenschaftsrat hatte im April 2018 insgesamt 13 überregional wichtige Forschungsbauten zur Förderung empfohlen, Investitionssumme: rund 510 Millionen Euro – zur Hälfte vom Bund, zur anderen von den Ländern finanziert. Doch der Bauboom täuscht darüber hinweg, dass es bei vielen Uni-Verwal-

tungen sowie in Ministerien steile Sorgenfalten gibt. Denn 2020 wird ein entscheidendes Jahr für den Hochschulbau: Dann fallen die Kompensationsmittel weg, die 2007 mit der Föderalismusreform vereinbart worden waren. Damals war die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau abgeschafft worden, für Uni- und FH-Bauten sind seither allein die Länder zuständig. Weil aber klar war, dass etliche Bundesländer damit finanziell überfordert sein würden, wurde mit der Förderung „überregional bedeutsamer Forschungsbauten einschließlich Großgeräten“ eine neue, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Regelung für Investitionen im Hochschulsektor geschaffen. Außerdem zahlt der Bund seither Kompensationsmittel in Höhe von 695 Millionen Euro pro Jahr. Dieses Geld fließt 2019 zum letzten Mal. Rechnet man die Kompensationsmittel und die Länderausgaben zusammen, investiert der Staat bis 2025 jährlich >>>



Foto: Jürgen Biedrftm

Ein Ende des Sanierungsstaus an Hochschulen ist nicht abzusehen. Wie nötig die Renovierung für den Bestandserhalt ist, sieht man etwa am Beispiel der Uni Köln.

>>> durchschnittlich rund 2,3 Milliarden Euro in Hochschulbauten und technische Infrastruktur, so schätzen die Hochschulforscher Jana Stibbe und Friedrich Stratmann vom HIS-Institut für Hochschulentwicklung in Hannover. Damit aber bleiben die Ausgaben um rund 900 Millionen Euro pro Jahr hinter dem Mittelbedarf zurück, der allein für den Erhalt der bestehenden Bauten nötig wäre. Stippe und Stratmann rechneten für die kommenden Jahre drei Szenarien mit unterschiedlich starker Neubautätigkeit durch – und kommen zu einem vernichtenden Fazit. „Es fällt auf, dass die geplanten Ausgaben für die Hochschulgebäude generell schon geringer ausfallen, als es der rechnerische Bedarf für den Erhalt des Bestandes erfordert“, so die Forscher: „In keinem der drei Szenarien ist der Abbau des sogenannten ‚Sanierungsstaus‘ abzusehen, sondern es ist im Gegenteil mit einer erheblichen Zunahme zu rechnen.“

Hochschulexperten sehen das mit großer Sorge. „Die Hochschulen müssen nicht nur dringend saniert, sondern auch kräftig ausgebaut werden, weil sowohl die Zahl der Studierenden als auch der Hochschulbeschäftigten immer weiter wächst“, sagt GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller und erinnert an weitere enorme Investitionen, die nötig sind: „Ein Digitalpakt für die Hochschulen ist bislang nicht

in Sicht.“ Weil die Länder überfordert sind, sei hier der Bund gefragt: „Es ist eine Katastrophe, dass die Kompensationsmittel für die frühere Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in Kürze wegfallen.“ Der richtige Weg ist aus Kellers Sicht die Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe, damit Gebäude und Infrastruktur der Hochschulen für das 21. Jahrhundert gerüstet sind. „Die Föderalismusreform von 2007 war in vieler Hinsicht ein Fehler, auch im Hinblick auf den Hochschulbau. Aber Fehler kann man korrigieren.“ Klar ist: Der Fehler war teuer. Irgendwo zwischen 20 und 35 Milliarden Euro dürfte sich der Sanierungsbedarf bis 2025 bewegen. Rechnet man die Universitätskliniken mit ein, könnte die Summe sogar auf 50 Milliarden steigen. Dabei sind zusätzliche Ausgaben für die Digitalisierung der Hochschulen noch gar nicht berücksichtigt.

Hochschulen machen mobil

Wie groß der Bedarf ist, machten 2018 die Hochschulen in Hessen deutlich. Unis und Fachhochschulen forderten im August kurz vor der Landtagswahl vehement mehr Geld: „Die gestiegenen Studierendenzahlen, der Sanierungsstau im Gebäudebestand und die Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellen die Universitäten und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften vor Aufgaben, die ohne massive Unterstützung des Landes nicht zu bewältigen sein werden“, so der Gießener Uni-Präsident Prof. Joybrato Mukherjee. Drei Kernforderungen formulierten die hessischen Hochschulchefs für die Zeit von 2021 bis 2025: ein generelles Plus des hessischen Hochschulbudgets von jährlich mindestens 5 Prozent für fünf Jahre; zusätzlich pro Jahr 50 Millionen Euro für Digitalisierung und digitale Infrastruktur; eine Milliarde Euro mehr für den Hochschulbau.

Bund und Länder haben sich in diese Situation selbst hineinmanövriert. An klaren Warnungen hatte es jedenfalls im Vorfeld der 2006 beschlossenen Änderung bei den Zuständigkeiten nicht gefehlt. „Die gemeinsame Finanzierung wesentlicher Teile der Forschung und des Hochschulbaus in der Bundesrepublik Deutschland durch Bund und Län-

der hat sich als Grundlage ihrer solidari- schen Verantwortung für die Forschung und ihre verschiedenen Institutionen ausgezeichnet bewährt“, hatte schon 2003 die Allianz der Wissenschaftsorganisationen festgestellt. In ihr sind unter anderem die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die außeruniversitären Forschungsgemeinschaften, die Hochschulrektorenkonferenz und der Wissenschaftsrat zusammengeschlossen. Verbesserungen im System seien natürlich jederzeit denkbar, heißt es in dem Memorandum. Und dann folgten klare Worte zur Finanzierung: „Der Grundsatz der Gemeinsamkeit darf nicht in Frage gestellt werden.“ Die Mahnung verhalte ungehört.

Dabei ist der Bedarf an Sanierung und Neubauten ungebrochen hoch. So wird etwa in Homburg nach dem Neubau des Uniklinikums längst über die nächsten Projekte nachgedacht: Benötigt wird unter anderem ein Zentral-OP mit 15 Operationssälen. Auf 300 Hektar erstreckt sich das Gelände des Universitätsklinikums, dort gibt es mehr als 100 einzelne Gebäude. „Für den Betrieb des Universitätsklinikums sind diese historischen Gegebenheiten gleichzeitig eine logistische und ökonomische Herausforderung“, sagt Sprecher Motsch. Seit 2007 existiert ein Baumasterplan, damit während der notwendigen Sanierungen Abteilungen, deren Gebäude nicht nutzbar sind, vorübergehend in einem neu errichteten „Verfügungsbau“ unterkommen können.

Wie im Brennglas konnten im Herbst 2018 die Kanzlerinnen und Kanzler der Unis bei ihrer Tagung in Saarbrücken die baulichen Herausforderungen in Augenschein nehmen. Notwendig sei „die kurz- und mittelfristige Beseitigung des erheblichen baulichen Sanierungsstaus im Hochschulbereich durch die Länder“, stellten sie in ihrer „Saarbrücker Erklärung“ fest. Und sie wiederholten die Forderung, „mehr für den Bestandserhalt der Hochschulinfrastruktur zu tun, um ein weiteres Anwachsen des Sanierungsstaus zu verhindern“.

Es klang ein bisschen wie das Pfeifen im dunklen Wald.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

Albtraum Spielzeugwelt



Kinderträume, angeboten in den Spielzeugabteilungen großer Kaufhäuser ...

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Ob Barbiepuppe, Plüschtier oder Plastikflöte: Vier von fünf Spielzeugen stammen aus Fernost und Osteuropa. Dort lassen Disney, Mattel, Simba Dickie & Co. billig produzieren. Den Preis zahlen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken. //

Puppen, lächelnd und mit knopfgroßen Augen, Märchenfiguren oder Zauberpferde – im dritten Stock der Berliner Galeria Kaufhof werden Kinderträume wahr. Und Geschichten einer sicheren Welt gesponnen. Etwa mit dem Feuerwehrmann „Sam“, Held der Trickfilmserie

und Retter in der Not, der samt Löschwagen im Kaufhausregal steht. Im Rettungssset für 9,99 Euro finden Kinder auch einen Mini-Schutzhelm, Mini-Feuerlöscher und Mini-Verbandskasten aus Plastik.

Arbeitsrechte massiv verletzt
Eher einem Albtraum hingegen gleichen die Bedingungen, unter denen Spielzeug oft hergestellt wird. Das zeigt der „Toys Report 2018“ der Menschenrechtsorganisationen „China Labor Watch“ (CLW) und „Christliche Initiative Romero“ (CIR) in China. Auf besonders massive Verletzungen von Arbeitsrechten sowie auf Arbeiterinnen und Arbeiter, denen in Fabriken vor Erschöpfung die Augen zufallen, stieß CLW während einer Recherche bei Zulieferern von Disney, Hasbro & Co. – aber auch von deutschen Firmen wie Ravensburger, Schleich und Simba Dickie, dem Lizenznehmer von „Sam“.

Die Arbeitsbedingungen in der Spielzeugproduktion sind laut „Toys Report 2018“ sogar schlechter als jene in der Textil- und IT-Branche. Die Arbeiterinnen und Arbeiter schufteten von morgens um acht bis abends um zehn Uhr; bei den meisten Zulieferern seien zwischen 80 und 140 Überstunden im Monat üblich. Die Beschäftigten hantieren auch mit giftigen Chemikalien. Schutzhelm oder Feuerlöscher wie bei der Spielzeugfigur „Sam“ sucht man in manchen Fabriken vergebens. Die Folge: Viele Beschäftigte sind ständig erschöpft und krank. Und schlecht bezahlt. Vom Erlös einer Barbiepuppe finden die Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter nur einen Bruchteil in ihren Lohntüten. Das Grundgehalt liegt laut Studie im Schnitt bei umgerechnet 220 Euro im Monat – zum Vergleich: Pro Kind und Jahr werden in Deutschland 287 Euro für Spielzeug ausgegeben. Nur >>>

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800 - 8664422
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
 VERSICHERUNG
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Klaus Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Vorteile:
 - Vorteilzins für den öffent. Dienst
 - Umschuldung: Raten bis 50% senken
 - Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorteilzins

 effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
 Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
 Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
 info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de



Kauftipps:

- Spielzeug ohne Kinderarbeit und Ausbeutung gibt es u. a. im Weltladen, bei der Gepa, Colombo3, El Puente oder WeltPartner.
- Überwiegend in Deutschland produzieren nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Weed u. a. Senger Tierpuppen, Ökonorm, Spielstabil, SINA, Bibabox, Hess Spielzeug, TicToys, Playmobil, Fagus Holzspielzeug und Ravensburger. Das Label „Made in Germany“ sagt hingegen nichts aus – um das zu bekommen, genügt die Endmontage hierzulande.
- Weitere Informationen: www.ci-romero.de; www.weed-online.org; http://chinalaborwatch.org; www.ethicaltoyprogram.org; www.fair-spielt.de; www.faireinkaufenerwie.blogspot.de M. H.

... aber kaum jemand denkt beim Kauf von Spielzeug an die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, unter denen Puppen oder Teddybären hergestellt werden – zum Beispiel in China, wo Arbeiterinnen und Arbeitern vor Erschöpfung die Augen zu fallen.

Foto: China Labor Watch

>>> mit extremen Überstunden kämen die Arbeiterinnen und Arbeiter auf 570 Euro Monatsgehalt, so der „Toys Report“. Und obwohl die Branche seit Jahren Umsatzrekorde von mehr als drei Milliarden Euro jährlich allein in Deutschland verzeichnet, werden den Beschäftigten in den Zulieferfabriken oft die Lohnzuschläge vorenthalten, Sozialversicherungen nicht korrekt angeboten, Schutzanzüge nicht gestellt. Für das Gros der Konsumenten ist die Ausbeutung kein Thema. „Beim Essen achten viele Eltern auf bio oder fair – beim Spielzeug aber sind ihnen Inhaltsstoffe und Arbeitsrechte oft egal“, wundert sich Maik Pflaum von der CIR. Die Folge: „Andere Branchen sind bei der Kontrolle von Zulieferern aus Ländern wie China viel weiter – in der Spielzeugbranche hingegen herrscht Tiefschlaf.“

Aus diesem sind einige Hersteller durch den „Toys Report“ nun allerdings wohl aufgewacht: Die Schleich Gruppe und Ravensburger erklärten auf Anfrage, den „Sachverhalt“ klären zu wollen. Der Konzern Simba Dickie hingegen lehnt eine Stellungnahme zu den jüngsten CLW-Vorwürfen ab.

„Anfällig für Betrug“

Dem Weltverband der Spielzeugindustrie (International Council of Toy Industries, ICTI) sind die Rechtsverletzungen bekannt. Bereits 2001 erarbeitete er den Verhaltenskodex „ICTI Care“. Der Kodex – inzwischen in „ICTI Ethical Toy Program“ umbenannt – sieht zwar Mindeststandards in Sachen Menschen- und Arbeitsrechte für China vor. Doch er ist freiwillig. Bislang weigern sich die meisten Mitglieder, die Selbstverpflichtung einzugehen und nur noch bei zertifizierten Zulieferern einzukaufen. Ulrich Brobeil, Chef des Deutschen Verbands der Spielwarenindustrie, bedauert das: „Leider verschließen noch immer viele unserer Mitglieder Augen und Ohren vor den Missständen in den Zulieferfirmen“ – darunter auch Unternehmen, die auf ihren Webseiten mit sozialem Engagement werben. Auch die Simba Dickie Group betont auf ihrer Homepage, „soziale Gleichheit“ sowie „faire und sichere Arbeitsbedingungen“ zu fördern. Das Ethical Toy Program gebe keine existenzsichernden Löhne vor, sondern orientiert sich lediglich an den gesetzlich festgeleg-

ten Mindestlöhnen im Land, von denen kein Mensch leben könne, kritisiert auch die Nichtregierungsorganisation (NGO) Weed. Die Kontrollen des ICTI seien zudem „sehr anfällig für Betrug“. Alle Fabriken, in denen CLW in den zurückliegenden Jahren auf Missstände stieß, konnten das ICTI-Siegel vorweisen – das zeige, wie wenig wirksam der Standard ist. Pflaum: „Wer sich allein auf solche Zertifikate verlässt, trägt Mitschuld an der Ausbeutung der Arbeiter.“ Einige engagierte Hersteller sind nun ernsthaft um den Ruf der Branche besorgt. „Werden Einzelne schlecht bewertet, trifft das alle“, so Branchensprecher Brobeil. Deswegen entwickeln sein Verband, einige Vorreiterunternehmen, die Christliche Initiative Romero und das Nürnberger Bündnis Fair Toys derzeit einen Standard für ein verlässliches „Fair Toy“-Gütezeichen. Mit diesem könnten Kunden im Spielzeuggladen dann erstmals gezielt nach sozialen Kriterien einkaufen, sagt CIR-Mann Pflaum. „Bislang haben Eltern, die Spielzeug ohne Ausbeutung kaufen wollen, zumindest im konventionellen Spielzeughandel keine verlässliche Alternative.“ Dass einige Hersteller China den Rücken gekehrt haben und Teddys oder Mini-Autos nun in Tunesien oder Osteuropa produzieren, sei keine Lösung. Dort, so Pflaum, „sind die Löhne mitunter noch niedriger als in Fernost“.

Martina Hahn,
freie Journalistin



Foto: privat

Jonas Lanig

Lebensthema Demokratie

// Die GEW trauert um den bayerischen GEW-Schulpolitiker Jonas Lanig. Humorvoll und kreativ kämpfte er für Inklusion und gegen die Beschämung von Schülerinnen und Schülern. //

Wir trauern um unseren GEW-Kollegen Jonas Lanig. Mit ihm verlieren wir einen kompetenten und engagierten Gewerkschafter, Politiker (SPD-Landtagskandidat in Bayern 2008) und Kämpfer für eine demokratische und humane Gesellschaft. Jonas wurde 1950 in Erlangen geboren, war Lehrer, von 1990 bis 2008 Kreisvorsitzender der GEW Nürnberg, von 1991 bis 2000 Leiter des Projektbüros Schule, von 2007 bis 2017 Geschäftsführer der Stiftung Civilcourage. Unvergessen ist für viele GEW-Mitglieder seine unkonventionelle und humorvolle Moderation der Eröffnung des Gewerkschaftstages 2009 in Nürnberg. Ab 2009 war er als Vorsitzender der Aktion Humane Schule (AHS) tätig. Er machte sich für eine inklusive Schule stark, die Kinderrechte achtet und Beschämungen – etwa durch Ziffernnoten – vermeidet.

Jonas wird uns als herzlicher und überaus vielseitig interessierter Mensch in Erinnerung bleiben. Seine Veröffentlichungen beschäftigen sich mit Themen wie Rechtsradikalismus, Schulentwicklung, Zivilcourage, Krieg und Frieden. Die Demokratie und ihre Gefährdung durch Vorurteile, rechtsextreme Hetze und soziale Ungerechtigkeit war eines seiner Lebensthemen. In den letzten Jahren war er aktives Mitglied des bundesweiten Bündnisses „Eine für alle. Die inklusive Schule für die Demokratie“, in dem neben der GEW und der AHS unter anderen der Grundschulverband und die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) mitarbeiten. Jonas bereicherte das Bündnis durch seine Lebhaftigkeit und Kreativität. Wir werden seine freundschaftliche und humorvolle Art sehr vermissen.

Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule, Petra Grundmann, GEW-Vorstandsmitglied Finanzen



Bezaubernde Toskana

Im nostalgischen Sonderzug Classic Courier unterwegs

7-tägige Schienenkreuzfahrt - 10. bis 16.10.2019

ab € 1.355,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 230,- p. P.



Die südliche Sonne und ein azurblauer Himmel, der überwältigende Reichtum an Kunstschatzen, die gute Küche und die edlen Tropfen berühmter Weinanbaugebiete haben die Toskana zu einem der beliebtesten Reiseziele Europas gemacht. Erleben Sie den herbstlichen Zauber reizvoller Landschaften und die kulturellen Höhepunkte einer Region, die als Wiege der italienischen Kunst gilt.

Das beinhaltet unsere Reise

- › Fahrt im Sonderzug ab/bis gewähltem Zustiegsort
- › Sitzplatzreservierung im 1. Klasse- oder Club-Abteil
- › 6 Übernachtungen in 3-Sterne Superior und Vier-Sterne-Hotels
- › 6 x Halbpension
- › ständige Chefreiseleitung
- › deutschsprachige Gruppen-Reiseleitung
- › Ausflüge und Führungen lt. Programm
- › Transfers mit örtlichen Bussen
- › Gepäckhelfer an den Bahnhöfen in der Schweiz und in Italien

Abfahrtorte

- › Frankfurt/Main
- › Mannheim
- › Karlsruhe
- › Basel

Wunschleistungen

- › Lucca & Pisa € 62,- p. P. (inkl. Busfahrt und Führung)
- › Dampfbahn & Kastanienfest € 95,- p. P. (inkl. Bahnfahrt Montecatini-Pistoia)
- › Siena & Chianti € 86,- p. P. (inkl. Busfahrt, Führung und Weinprobe)

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsjmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Heuchlerische Bürokraten

(zu den Schülerdemos „Fridays for Future“, siehe auch Bericht Seite 24 f. in dieser Ausgabe)

Mein Gott, sind die einfallslos, die Hamburger Kultusbürokraten! Da engagieren sich junge Menschen für ihre Zukunft auf einem Gebiet, das für ihr zukünftiges Leben entscheidend ist und das „die Politik“ mehr als sträflich vernachlässigt, und wie reagieren jene Hamburger darauf? Mit Negativsanktionen wegen Fernbleibens vom Unterricht! Als ob Unterricht nur in der Schule stattfinden könnte! Nein, meine Damen und Herren: Mit den Demos findet Unterricht in einem Maße statt, den ihr euch offenkundig nicht vorstellen könnt! Ihr solltet euch schämen und in euer eigenes Schulgesetz schauen, für das ihr ja wohl irgendwie zuständig seid. Da steht in Paragraph 2: „Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, (...) Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen.“ Und wenn die jungen Menschen das tun, dann kommt ihr mit Sanktionen! Wie heuchlerisch ist das denn! Offenkundig können Kultusbürokraten (gottlob nicht alle!) nicht über den Tellerrand des rigiden Lehrplans und der Stundentafel hinausschauen. Man weiß das ja – aber dass der Beweis so drastisch ausfällt, wäre mir im Traum nicht eingefallen.

Helmut Scheefer, Kassel

Streiken ist kein Spaß

(E&W 2/2019, Oversize-Beihefter zur Länder-Tarifrunde 2019)

Wenn ich noch einmal so einen blöden Slogan wie „Streiken macht Spaß“ lesen muss, trete ich nach 40 Jahren aus der GEW aus.

Ingeborg Waibel, Nattheim

Geschmacklose Zeichnung

(E&W 2/2019, Dialog 1/2019, Seite 1: Karikatur)

Die Karikatur in E&W 1/2019, in der eine ältere Dame offensichtlich tot auf der Tastatur liegt und der Enkel sich beschwert, dass er ihr so nichts beibringen kann, finde ich geschmacklos und unangemessen. Kein guter Aufmacher für einen Artikel über einen SeniorenCompu-

terClub. Ich würde mich an deren Stelle sehr verärgert fühlen.

Barbara Inhoff, Köln

Anmerkung der Redaktion:

Die Zeichnung zeigt keine verstorbene Seniorin, sondern eine von den Mühen des Erwerbs digitaler Kompetenzen im Alleingang ermattete.

Connected – wozu?

(E&W 2/2019, Dialog 1/2019, Seite 1 ff.: „Connected!“)

Auf vier Seiten versuchen die Autoren, ältere Menschen zu sogenannten „Silversurfen“ zu machen. Ich halte dem entgegen: Sofern man ihn nicht beruflich nutzen muss und darauf verzichten kann, die Enkel auf dem Bildschirm winken zu sehen, braucht kein Mensch einen Computer. Übrigens auch nicht für die Steuererklärung; das ist schlecht recherchiert trotz digitaler Kompetenz! Erst wenn es keine Zeitungen, Zeitschriften und Bücher mehr gibt, kein Telefon, kein Radio und Fernsehen und keinen Briefkasten, ist es soweit – aber dann sind wir Alten schon längst unter der Erde ...

Johannes Petermann, Hirschberg

Digi-Digi

Ob ich connected sei? Jawoll-ja, of course. Wer möchte den Dialog noch analog? Macht keinen Spaß mehr, während jeder eben mal seine Mails checkt, ein selbstgefälliges Selfie versendet, dann klingelt schon der Anrufbeantworter. Digi-Digi. Die Welt passt auf ein Mousepad.

Lohnt sich auch nicht mehr ein Spaziergang ins Zentrum. In den Straßen lauter Onlineshops, zugeklebte Schaufenster, nur in den Handygeschäften wird noch analog „Hi“ gesagt. Keiner mehr unterwegs, die Lieferdienste hupen dich zur Seite. In der Bank sind die Ansprechpartner wegrationalisiert – ein Roboter (sympathische Stimme) sagt: „Wenn Sie ein Problem haben, drücken Sie die Eins.“ Oder die Null. Oder Null-Eins. Da bleibe ich doch lieber zu Hause und spiele mit meinen Freunden

Online-Skat. Kein Streit mehr. Probleme sind zum Wegklicken. Wer alleine lacht, lacht am besten. So vergeht die Zeit. Mein Digi-Leben. Supi. Ein Leben voller Smilies und Emojis.

Dann freue ich mich auf die Pflegestation. Alles KI/KE-gesteuert – künstliche Intelligenz/künstliche Ernährung. Und KD-gecheckt – Kontaktdaten zum Ärzteteam, Seelsorge, Krankenkasse – alles roger! Fürsorge rund um die Uhr. Ohne anzuklopfen rollt auf lautlosen Rädern mein Sedativ-Service herein, die Digitalfixierung wird geprüft, die Spielkonsole zurechtgerückt, die Spieluhr gedrückt und dann (sympathische Stimme): „Gute Nacht.“

Jörg Haberer, Wiesloch

Wofür ein Stern steht

(E&W 3/2019, Seite 46, Leserforum: „Kommunistisches Kampfsymbol?“, E&W-Titelbild, 2/2019)

Der rote Stern sei ein „Kampfsymbol für kommunistische Diktatur und linken Terrorismus“ und habe bei der GEW nichts zu suchen, konstatiert ein Leser. Das ist zu kurz gesprungen. Der Stern als heraldisches Symbol steht schon lange u. a. für Kraft, Freude, auch Utopie, und mit fünf Zacken symbolisiert er häufig die klassischen fünf Kontinente. Rot wiederum ist bekanntlich die Farbe der linken und Arbeiterbewegung spätestens seit den 1830er-Jahren. Der rote Stern ist sicher auch ein Symbol des Sozialismus sowjetischer Prägung, er steht aber ebenso für Emanzipation und Zukunftshoffnung. Nicht das Schlechteste für ein Kind und eine Bildungsgewerkschaft.

Wulf Kisling, Frankfurt/Main

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TimeTEX

**So leben
Lehrer/innen leichter**

**10,- € Gutschein
= 33% Rabatt
Code: EW7592**
Mindestbestellwert 30,- €
Gültig bis 31.05.2019
www.timetex.de/EW7592

Gehörschutz für Kinder

„Auris“ **nur 9,95 €**

- für konzentrier-tes Arbeiten
 - dämpft stören-de Geräusche (SNR 26 dB)
- Art. 70055-43



Set Haft-Magnete 50-tlg.



- Starke Magnethaftung
 - gut greifbaren Kappen
- Größe: 24 mm Ø
Farbe: schwarz

nur 9,95 € Art. 93153-43

Magnet-Plättchen 10 x 10 mm

nur 3,95 € Gute Magnet-Haftung

- selbstklebend, 200 Stück
 - zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen
- Art. 93290-43



Flüster-Spielwürfel 10-tlg.

„Augen“
lautloses Würfeln



nur 3,95 €
• aus festem Schaumstoff, 17 mm
Art. 93600-43

Mobil-Sichtschutz

- „Clausura“
- kein Abschreiben mehr
 - schnelles Aufstellen + Abräumen
- Art. 70070-43



ab **1,95 €**

Hänge-Organ-Tasche

- A4 quer, 6 Taschen
- übersichtlich + griffbereit aufbewahren
 - für Arbeitsblätter + Infos
- Art. 10662-43



nur 4,95 €

Stehsammler

- „Fächerstar“ A4
- Unterlagen griffbereit und sortiert
 - aus stabiler PP-Folie, 23 farb. Fächer
- Art. 10659-43



nur 14,90 €

Verhaltens-Ampel

- wirkt motivierend und spornet zur Verbesserung an
- Art. 10836-43



nur 29,90 €

Magnetische Steine

- extrastarke Magnetwirkung
- nur 6,95 €**
- geeignet z.B. für Stahlemaille-Tafeln
 - 20 Stück
- Art. 93276-43



Zeitdauer-Uhren

- „Automatik“ Compact
- nur 9,95 €**
- funktioniert ohne Batterien
- mit Restzeit-Anzeige + Magnet
- Art. 61970-43



Taschen und Trolleys

TOP Preis, TOP Qualität

ab 69,90 €

- große Auswahl
- hochwertige Materialien
- robust, mit viel Platz



Sanduhren-Set 5-tlg.

- nur 5,95 €**
- Zeit sichtbar machen, 10 cm hoch
 - je 1 x 30 Sek., 1, 3, 5 und 10 Min
- Art. 62947-43



Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 www.la-ruca.de

GR-Samos, Fam. Taleporou
verwöhnt Sie!
www.pension-ermioni-samos.de
Jetzt neu! Unser Haus in den Bergen
www.pension-ermioni-samos.de/agapi

2019 - Angebot für Schulklassen
Selbstversorgerhaus Ba-Wü
Mo. bis Do. - Begleitpersonen gratis
www.ferienheim-haslachmühle.de

Berlin - Stadtführungen
Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus 030-21805214
TRAVEL SITE www.travelxsite.de

TOSKANA-MEERBLICK
Naturstein-FeHs (2-4 Pers), absolute Ruhe, Olivenbäume, Zypressen, freie Sandstrände an Pinienwäldern.
www.toskana-urlaub.com 08662/9913

Wandern ohne Gepäck
Individuelle Wanderreisen in ganz Europa.
www.eurohike.at

Erlebnisreisen mit dem Rad
Über 25 Jahre Erfahrung. Herrliche Touren, individuell oder geführt.
www.rueckenwind.de

RAD & SCHIFF
Mit dem schwimmenden Hotel radelnd unterwegs.
www.eurobike.at

Klasse Wohldenberg

Klettern, Teamtraining, Lebensorientierung ...
www.hauswohldenberg.de



Ligurien/ital. Blumenriviera
Ferienhaus für bis zu 6 Personen: Meerblick, Terrasse, Garten, TV, WLAN, Schwimmen, Wandern, Mountainbiken
www.ferienhaeuser-ligurien.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**
☎ 02521 29905-10

FSCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglion.it, www.aglion.it

WUS „Jeder hat das Recht auf Bildung...“
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind
World University Service (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland setzt sich mit seinen Projekten für das **Menschenrecht auf Bildung** ein.

**Förderung des
Globalen Lernens und
Bildung für nachhaltige
Entwicklung**

**Unterstützung
von ausländischen
Studierenden aus Afrika,
Asien und Lateinamerika**

www.wusgermany.de

Preis per 02/2019 inkl. MwSt., zzgl. Versandzuschlag 3,95 EUR, Plauer + Hefle 2,50 EUR - bei Schulplanern ab 10 Stück portofrei.
© TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH, Lindenstraße 10, 93359 Reichenburg

Diesmal



Krise ... welche Krise?